

Wissenschaft und Kultur – Wurzeln unserer Zukunft

Wissenschafts- und Kulturprogramm 2013 des
Arbeitskreises Hochschule und Kultur (AKH) der CSU

08.04.2014

Arbeitskreis Hochschule und Kultur der CSU

Prof. Dr. Julia Lehner, Landesvorsitzende des AKH

Besonderer Dank geht an die Leiter und Mitglieder der Fachausschüsse des AKH, die zur Fertigstellung dieses Papiers beigetragen haben.

Vorsitzende des Fachausschusses Hochschule

Oliver Jörg, MdL, Würzburg und München

Carmen Langhanke, Bayreuth

Redaktionskommission

Prof. Dr. **Bernhard Fleckenstein**, Erlangen (Federführung)

Dr. **Thomas Goppel**, MdL, Eresing und München

Dr. Hannes Hartung, München

Dr. Christian Hirtreiter, Straßkirchen

Dr.-Ing. **Kurt Höller**, Erlangen

Prof. Dr. **Klaus Krämer**, Kiefersfelden und Rosenheim

Dr. **Matthias Lung**, München

Prof. Dr. **Gerhard Wolf**, Bayreuth

mit Beiträgen von

Prof. Dr. **Stefan Leible**, Bayreuth

Dr. **Wolfgang Richter**, Bayreuth

Vorsitzende des Fachausschusses Forschung und Technologie

Prof. Dr. **Gerald Wilhelm**, Haimhausen

Stefan Einsiedel, Ingolstadt

Vorsitzende des Fachausschusses Kunst und Kultur

Prof. Dr. **Julia Lehner**, Nürnberg

Inhaltsverzeichnis

A) Hochschule und Wissenschaft

1. Der Hochschul-Standort Bayern im nationalen und globalen Vergleich	3
2. Das Leitbild der Hochschulen in Forschung und Lehre	7
3. Strukturen für Spitzenforschung	11
4. Neue Wege zu einer exzellenten akademischen Lehre.....	14
5. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und seine Karrierewege	17
7. Hochschul-Finanzierung.....	20
8. Empfehlungen.....	21

B) Forschung und Technologie

1. Forschungs- und Technologiepolitik.....	23
2. Forschungspolitik im 21. Jahrhundert	24

C) Kunst und Kultur

1. Kunst und Kultur – Wurzeln unserer Zukunft	26
2. Kunsthochschulen	30
3. Theater	31
4. Musikpflege	32
5. Bildende Kunst.....	34
6 . Museen.....	35
7. Literatur	37
8. Heimat- und Brauchtumpflege	38
9. Denkmalschutz und Denkmalpflege	39
10. Identifikation und Integration.....	41

D) Medien

1 . Medienstandort Bayern.....	43
2. Duales Rundfunksystem	43
3. Digitalisierung.....	44
4. Förderung lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern	45
5. Medienerziehung / Jugendmedienschutz	45

1 **A) Hochschule und Wissenschaft**

2 **1. Der Hochschul-Standort Bayern im nationalen und globalen Vergleich**

3 Die wirtschaftliche und soziale Prosperität Bayerns ist in wesentlichen Teilen durch
4 die Leistungsfähigkeit seiner Hochschulen bedingt. Unter der jahrzehntelangen
5 konsequenten und umsichtigen Kultur- und Forschungspolitik CSU-geführter
6 Staatsregierungen hat sich Bayern zu **einem exzellenten Hochtechnologie-Standort**
7 entwickelt. Bayern ist nicht nur ein Platz für wissenschaftliche und technologische
8 Spitzenleistungen, sondern auch ein Land mit breitem Lehrangebot. Durch zahlreiche
9 Neugründungen seit Mitte des 20. Jahrhunderts bietet der Freistaat heute ein dichtes
10 Netz von Hochschulen mit neun staatlichen Universitäten, 17 Hochschulen für
11 Angewandte Wissenschaften, fünf Kunsthochschulen, der Katholischen Universität
12 Eichstätt-Ingolstadt, der Hochschule der Bundeswehr sowie einem breiten Angebot
13 an kirchlichen und privaten Hochschulen und kompetenzvermittelnden
14 Qualitätsakademien. Die Forschungslandschaft wird ergänzt durch außeruniversitäre
15 Institute, darunter 13 Institute der Max-Planck-Gesellschaft, fünf
16 Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, drei Helmholtz-Zentren sowie
17 sechs auch wirtschaftlich äußerst erfolgreichen Fraunhofer-Instituten. Die
18 Forschungsstätten repräsentieren ein ausgewogenes Spektrum an Natur- und
19 Ingenieurwissenschaften, Biomedizin sowie Geistes- und
20 Gesellschaftswissenschaften. Die reine Grundlagenforschung hat darin
21 gleichermaßen ihren Platz wie die anwendungsorientierte Grundlagenwissenschaft
22 und die Technologie-Entwicklung in der Kooperation mit der Industrie. Bayern gilt im
23 bundesweiten Verständnis als ein Hort erfolgreicher wissenschaftlicher Forschung
24 und akademischer Lehre. In Bayern liegt der Gesamtaufwand für Forschung höher als
25 im Bundesdurchschnitt. Deutschland investierte im Jahr 2009 2,82% seines
26 Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Forschung und Entwicklung. Zugleich lag nach
27 Angaben der bayerischen Staatsregierung der Anteil für Forschung und Entwicklung
28 von Wirtschaft und Staat bei 2,97%. Der Durchschnitt der Europäischen Union lag bei
29 2,02%. In Bayern gehen mehr als 4% des Landeshaushalts in die Forschung, und auch
30 dies ist mehr als der Durchschnitt der deutschen Bundesländer mit 3,3%. In Bayern

31 kamen im letzten Jahr auf 100.000 Einwohner 113 Patentanmeldungen, während für
32 die meisten Bundesländer ein Wert von weniger als 30 gilt.

33 Trotz der insgesamt positiven Bilanz gibt es auch Schwächen in der
34 Finanzierungsstruktur des Freistaats Bayern für seine Forschungsstätten. Immerhin
35 liegt Bayern mit seinen Investitionen für Forschung und Entwicklung hinter Baden-
36 Württemberg, wo 4,62% des BIP dafür investiert werden. Nach Aussage des
37 Stifterverbands der Deutschen Wissenschaft liegen die Aufwendungen des Freistaats
38 für seine Hochschulen bei enttäuschenden 0,35% des BIP, während der ungewichtete
39 Durchschnitt aller Bundesländer bei 0,43% liegt. Auch hinsichtlich der
40 außeruniversitären Forschungseinrichtungen gibt es nach dieser Quelle einen
41 gravierenden Rückstand. Während Bayern nur 0,26% seines BIP in die
42 außeruniversitären Forschungsinstitute investiert, liegt der Bundesdurchschnitt bei
43 0,44%. Dies geht einher mit der extremen regionalen Zentralisierung der
44 außeruniversitären Forschungsinstitute im Raum München. Nicht die Region
45 München hat zu viel außeruniversitäre Forschung, sondern in der Fläche hat Bayern
46 viel zu wenige bundesfinanzierte Forschungsinstitute.

47 Wissenschaft und Forschung werden auch künftig unser Land entscheidend prägen.
48 Die Produkte und Dienstleistungen unseres Landes werden nur dann auf den
49 Weltmärkten konkurrieren können, wenn die Grundlagenwissenschaften,
50 angewandte Wissenschaften und eine moderne Industrieforschung für und bei den
51 Unternehmen, kluge Technologie-Politik in der Staatsregierung und gesellschaftliche
52 Akzeptanz bei den Staatsbürgern ineinandergreifen und zukunftsorientiert
53 zusammenwirken. **Die großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft**, sei es in der
54 Gesundheitsforschung, zu den kulturellen Problemen der Migration oder in der Suche
55 nach Energiequellen und anderen Ressourcen-schonenden Strukturen, können nur
56 über wissenschaftsbasierte Konzepte gelöst werden.

57 Die internationale Bewertung der bayerischen Hochschulen durch Forschungs-
58 *Rankings* bestätigt einerseits die gute Position im nationalen Vergleich; andererseits
59 erreichen selbst die erfolgreichsten bayerischen Universitäten keine globalen
60 Spitzenplätze, vergleichbar mit den großen Forschungsuniversitäten im anglo-
61 amerikanischen Raum. Dieser Rückstand in den gängigen Evaluierungen, sei er
62 berechtigt oder nicht, sollte ein permanenter Ansporn für die bayerische
63 Hochschulpolitik bleiben. Wahrscheinlich wird die Qualität der deutschen

64 Hochschulen mit ihrem breiten Lehrangebot in diesen Rankings konzeptionell eher
65 unterschätzt; schon die hohe Akzeptanz deutscher Absolventen in den besten
66 Laboratorien der Welt spricht dafür. Dennoch müssen die besten internationalen
67 Forschungsstätten Maßstab und Anreiz und Vorbild für die bayerischen Hochschulen
68 bleiben. Denn nicht nur die Zahl an Studierenden, sondern gerade Qualität zählt für
69 die Hochschulen in Bayern.

70 In der **Exzellenzinitiative des Bundes**, einer nationenweiten Competition mit
71 internationaler Begutachtung während der Jahre 2006 - 2007 und 2011 - 2012, haben
72 nur die beiden Münchner Universitäten voll reüssiert, wogegen die Ergebnisse der
73 anderen am Wettbewerb beteiligten bayerischen Universitäten nicht hinreichend
74 überzeugten. Deshalb nimmt Bayern im bundesweiten Vergleich auch nur den dritten
75 Platz ein. Gründe für dieses unbefriedigende Abschneiden liegen offenbar in der
76 einseitigen Konzentration der für derartige Wettbewerbe essenziellen
77 außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf den Münchener Raum. Dies
78 unterstreicht umso mehr die Notwendigkeit von selbstkritischer Einsicht und der
79 Erkenntnis, dass der weitere Ausbau der Hochschulen, die Vernetzung mit den
80 führenden Spitzenlabors und die Stimulation der Forscher zu Höchstleistungen eine
81 vorrangige Aufgabe der bayerischen Hochschulpolitik bleiben müssen. Die bayerische
82 Politik hat die Aufgabe, künftig noch mehr in die Wettbewerbsfähigkeit aller
83 bayerischen Hochschulen zu investieren.

84

85 **2. Das Leitbild der Hochschulen in Forschung und Lehre**

86 **Universitäten** sind die entscheidenden Orte der Grundlagenforschung von hohem
87 Anspruch, untrennbar verbunden mit der akademischen Lehre. Das Ideal der **Einheit**
88 **von Forschung und Lehre**, seit Wilhelm von Humboldts Zeiten bewährt, gilt bis heute
89 unverändert und ist aktueller denn je zuvor. Ein Kernauftrag der Universitäten ist es,
90 die Studierenden und den wissenschaftlichen Nachwuchs an die Spitzenforschung
91 heranzuführen. Zugleich soll, im Geiste von Bologna, eine grundlegende
92 Berufskompetenz bereits mit der Qualifikation zum Bachelor hergestellt werden.
93 Damit sind die Universitäten nicht nur Orte des Wissenserwerbs, sondern auch
94 Stätten der Erziehung zu eigenständiger Erkenntnissuche und zur Gewinnung
95 individueller Berufskompetenzen. Universitäten müssen die dauerhafte Motivation
96 zu lebenslangem, eigenverantwortlichen Lernen vermitteln. Wertegebundenheit und

97 **ethische Verantwortung** bestimmen aus Sicht der CSU nicht nur den
98 Handlungsrahmen für Wissenschaft und Forschung, sondern auch für die
99 akademische Lehre. Nicht allein fachliche Eignung, sondern auch **soziale Kompetenz**
100 ist den künftigen Eliten unserer Gesellschaft zu vermitteln. Universitäten sind
101 Ideenschmieden für die Zukunftsfragen der Gesellschaft und sichern damit die
102 natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Die CSU will weiterhin
103 konsequent darauf hinarbeiten, dass die besten Wissenschaftler durch ideale
104 Forschungsbedingungen an den Standort Bayern attrahiert werden und dass diese
105 die besten Studierenden und Nachwuchsforscher um sich gruppieren.

106 Die **Fachhochschulen** - Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) - haben
107 ein eigenes, unverzichtbares Profil und stellen entscheidende Ausbildungsinhalte in
108 höchster Qualität im Bereich Bachelor und Master zur Verfügung. Sie vermitteln
109 wissenschaftlich fundiertes, praxisorientiertes Wissen auf hohem akademischem
110 Niveau; sie sind aufgrund der raschen Einsetzbarkeit und der speziellen
111 Berufsqualifizierung der Absolventen aller angebotenen Studiengänge von hoher
112 Bedeutung für unser Ausbildungssystem. Ihr Profil an praxisorientierter Forschung
113 macht sie zum idealen Partner für die Wirtschaft. Nicht umsonst sollen ausgewiesene
114 Fachhochschulen den Titel „Technische Hochschule“ erhalten. Die
115 Außendarstellungsmöglichkeiten müssen weiter ausgebaut werden, um der hohen
116 Bedeutung dieser Ausbildungsstätten in Bayern gerecht zu werden.

117 Die Hochschulen sind Keimzellen neuer Ideen, gleichsam ein Marktplatz des
118 Gedankenaustauschs und Zukunftswerkstatt für innovative Technologien. Deshalb
119 zählen der offene interdisziplinäre Dialog und die grenzüberschreitende Kooperation
120 zu den Kernpunkten ihrer Identität. Universitäten und Hochschulen für Angewandte
121 Wissenschaften müssen sich gegenseitig öffnen, und sie sollen gemeinsame Master-
122 Studiengänge, strukturierte Promotionsprogramme und Postgraduiertenkollegs für
123 die Besten anbieten. Den qualifiziertesten Forschergruppen an den Hochschulen für
124 Angewandte Wissenschaft muss es möglich sein, sich an Instrumenten der
125 Verbundforschung wie Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs,
126 Exzellenzclustern und interdisziplinären Forschungszentren zu beteiligen. Die
127 **strukturübergreifende Kooperation** soll den vielversprechenden
128 Nachwuchsforschern das Promotions- und Habilitationsverfahren ermöglichen.
129 Auszubauen sind des Weiteren duale Ausbildungsmodelle. Hier sind auch die

130 bayerischen Qualitätsakademien zu integrieren, um die Durchlässigkeit im
131 Bildungsbereich durch innovative *Public Private Partnership*-Modelle zu fördern.
132 Dabei sollen sich Arbeitgeber und Werkstudenten im Rahmen von attraktiven dualen
133 Modellen finanziell engagieren. Diese Kooperationsformen setzen voraus, dass die
134 Hochschulen die Sicherheit in der Beurteilung von Vorleistungen bekommen und
135 dass die Akademien über ein Qualitätssiegel verfügen oder ihre Module
136 qualitätszertifiziert sind. Ein weiteres Element strukturübergreifender Kooperation ist
137 die Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern in der
138 akademischen Lehre, beispielsweise in Form einer Zusammenarbeit bayerischer
139 Hochschulen mit hochwertigen Akademien/Bildungsinstitutionen in anderen
140 Ländern.

141 Die **Kooperationen zwischen den staatlichen und außeruniversitären**
142 **Forschungseinrichtungen**, wie Max-Planck-Instituten, Leibniz-Instituten und den
143 Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft und Fraunhofer-Gesellschaft, führen nicht
144 nur zu besonders innovativen Forschungsansätzen an der Grenze zwischen
145 etablierten Disziplinen. Diese Kooperation muss auch gepflegt werden für die
146 Schaffung attraktiver Forschungsplätze, um in gemeinsamen Berufungsverfahren
147 möglichst viele Spitzenforscher aus Deutschland und aus dem Ausland für die
148 bayerischen Standorte zu gewinnen. Gerade die Exzellenzinitiative der Jahre
149 2006/2007 sowie 2010/2011 hat gezeigt, dass herausragende, international sichtbare
150 Forschungsregionen auf Dauer nur dort entstehen können, wo die
151 Landeshochschulen gemeinsam mit bundesfinanzierten außeruniversitären
152 Forschungsinstituten gemeinsame Handlungskonzepte vorschlagen.

153 Eine weitere **Internationalisierung** der bayerischen Hochschulen ist zur Sicherung
154 ihrer Zukunftsfähigkeit unabdingbar. Denn der Kampf um die besten Köpfe ist schon
155 lange nicht mehr national, sondern global. Die bayerischen Hochschulen forschen
156 und lehren bereits international und haben ein vielfältiges Instrumentarium
157 herausgebildet. Dieses gilt es fortzuentwickeln und zu stärken. Ziel muss es sein, die
158 besten Studierenden und Forscher weltweit an die bayerischen Hochschulen zu
159 holen. Dazu bedarf es eines deutlichen Ausbaus englischsprachiger Studienangebote
160 sowie binationaler Studiengänge (*Joint* oder *Double degree*). Erforderlich ist weiterhin
161 der Aufbau von Servicestrukturen für ausländische Studierende und Forscher
162 (*Welcome Centres*). Da diese Leistungen nicht aus der Grundfinanzierung der

163 Hochschulen erbracht werden können, ist die Aufstockung der Mittel für
164 Internationalisierung notwendig.

165 Zusätzlich bedarf es fokussierter Rekrutierungsstrategien, die den Entwicklungsstand
166 und die Forschungsperspektiven der jeweiligen Zielregion berücksichtigen. Die
167 bayerische Staatsregierung, insbesondere das Wissenschaftsministerium, muss
168 Sorge tragen für eine weitere Schärfung und Bekanntheit der Marken *Study in*
169 *Bavaria* und *Research in Bavaria*. Die bayerischen Auslandsvertretungen und
170 Hochschul-Zentren unterstützen schon die bayerischen Hochschulen bei ihren
171 Auslandsaktivitäten. All dies ist fortzuentwickeln; so sind künftig noch mehr
172 Auslandsbüros einzurichten, um die Ziele der Internationalisierung an bayerischen
173 Hochschulen noch weiter umzusetzen.

174 Noch bestehende ausländerrechtliche Hürden für Studien- und
175 Forschungsaufenthalte müssen beseitigt werden. Erforderlich sind außerdem die
176 weitere Vereinfachung der Verfahren in den kommunalen Ausländerämtern und die
177 Etablierung einer eigenen Willkommenskultur. Bayern wird sich auf Bundesebene für
178 die notwendigen ausländerrechtlichen Maßnahmen einsetzen. Dies schließt
179 angesichts des drohenden Fachkräfte-Mangels auch solche Maßnahmen ein, die
180 ausländischen Studierenden nach ihrem Studienabschluss in Bayern den Übergang
181 in ein Beschäftigungsverhältnis erleichtern.

182 Der künftige Arbeitsmarkt bedarf einer wachsenden Zahl an Hochschulabsolventen
183 in technischen, naturwissenschaftlichen und biomedizinischen Disziplinen. Während
184 derzeit etwa 320.000 Studierende in Bayern immatrikuliert sind, wird für den
185 Freistaat bis zum Ende des Jahrzehnts ein Bedarf von rund 380.000 Studienplätzen
186 prognostiziert. Der Akademiker-Anteil an der arbeitenden Bevölkerung wird
187 weiterhin kontinuierlich ansteigen. Der Freistaat muss ein langfristiges
188 Förderprogramm etablieren und den **Ausbau der Hochschulen** verlässlich
189 sicherstellen.

190 Die Förderung der **Akademikerinnen** muss ein Kernanliegen der Hochschulpolitik
191 bleiben. Der Kinderwunsch darf nicht in Konkurrenz zu Studium und Beruf stehen;
192 besonders darf er für junge Forscherinnen nicht zum Karrierebruch führen. Frauen in
193 der Forschung und ihre Familien brauchen eigene Stipendienprogramme und eigene
194 Kinder-Tagesstätten, welche sich an dem besonderen Bedarf von
195 Wissenschaftlerinnen orientieren. Doch auch bei aller Karrierebegleitung von Frauen

196 in der Wissenschaft darf das Primat des Leistungsprinzips in
197 Personalentscheidungen nicht relativiert werden. Quotenregelungen in der
198 Wissenschaft lehnt die CSU ab; sie befürwortet jedoch flexible Anreize und
199 Fördermechanismen.

200 Der Freistaat Bayern hat seinen Hochschulen mit den derzeit gültigen Gesetzen ein
201 hohes Maß an **Autonomie** gewährt, und das Vertrauen des Staates in seine
202 Hochschulen hat sich ausgezahlt. Dennoch wäre es falsch, würde der Staat sich aus
203 aller Verantwortung für die Hochschulen herauszunehmen. Den Hochschulen gebührt
204 so viel Unabhängigkeit wie möglich; doch die strategische, finanzielle und
205 wissenschaftspolitische Gesamtverantwortung bleibt in der staatlichen Hand von
206 Politik, Bayerischem Landtag und Staatsregierung. Die Aufsichtsgremien der
207 Hochschulen und der Universitätsklinika brauchen eine politische Präsenz. Hochschul-
208 Autonomie ist nicht gleichzusetzen mit der Freiheit des einzelnen Wissenschaftlers
209 und der Wissenschaftsfreiheit, wie sie durch das Grundgesetz geschützt ist.
210 Hochschulen brauchen Autonomie, um neue innovative Organisationsmodelle zu
211 erproben. Zugleich unterliegen sie den Prinzipien der transparenten Evaluation und
212 der leistungsorientierten Mittelvergabe in bayernweiter Competition. Die Mittel
213 dürfen nicht nach einem reinen Verteilungsschlüssel vergeben werden, wie dies zum
214 Teil in anderen Ländern negativ praktiziert wurde. Die Prozesse sollten künftig durch
215 den neu zu schaffenden **Beirat für Hochschulen und Wissenschaft des Freistaats**
216 **Bayern** mitgestaltet werden, der das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung
217 und Kunst im Sinne einer Wissenschaftskommission professionell begleitet. Die
218 stimmberechtigten Mitglieder dieses Beirats sollen außerbayerische Hochschullehrer
219 sein; Administration und Management sollen in den Händen des Ministeriums
220 liegen.

221

222 **3. Strukturen für Spitzenforschung**

223 Die **Attraktivität einer Forschungsregion** definiert sich durch die Qualität und das
224 Ansehen der Forschungsszene, durch apparative und bauliche Infrastruktur der
225 Forschungseinrichtungen, durch wissenschaftliche Freiräume und durch gute
226 Arbeitsbedingungen für die wissenschaftlichen Leistungsträger. Wichtig ist die
227 Vernetzung zwischen den einzelnen strukturellen Komponenten der
228 Forschungsregion, vor allem zwischen Hochschulen, außeruniversitären

229 Forschungseinrichtungen sowie Forschungs- und Entwicklungslabors der Wirtschaft.
230 Nach Auffassung der CSU ist es die gemeinsame Aufgabe der Forscher vor Ort und
231 der Politik, an der Vernetzung und Profilierung der Forschungsregionen in Bayern auf
232 allen Ebenen mitzuwirken. Regionale Forschungsverbände haben ihr eigenes
233 methodisches und inhaltliches Profil. Vorbilder für eine solche regionale *Cluster-*
234 *Bildung* sind die Biotechnologie-Region um München, das Spitzen-*Cluster*
235 *Medizintechnik im Medical Valley* der Europäischen Metropolregion Nürnberg und
236 der nordbayerische Verbund in Immunitätsforschung. Strukturbildende Mittel des
237 Freistaats Bayern sind am besten angelegt, wenn sie die Einwerbung von weiteren
238 öffentlichen Drittmitteln katalysieren.

239 Um ein ausgewogenes **Netzwerk von Forschungs-Schwerpunkten** im Freistaat zu
240 schaffen, muss die außeruniversitäre Forschung bayernweit ausgebaut werden.
241 Während die Region München mit Max-Planck-Instituten und anderen
242 außeruniversitären Forschungseinrichtungen reichlich besetzt ist, gibt es
243 gravierenden Nachholbedarf an peripher gelegenen Standorten der Experimental-
244 und Grundlagenforschung wie Würzburg, Bayreuth, Regensburg bis hin zu Augsburg,
245 Passau und Rosenheim. Bayernweit besteht ein massives Defizit an
246 Forschungsinstituten der Leibniz-Gemeinschaft. Der Freistaat Bayern muss seine
247 Ressourcen bündeln, um Forschungsmittel des Bundes nach Bayern zu holen. Der
248 Freistaat Bayern wird den Trend zur Bundesuniversität als Spitzeneinrichtung der
249 Forschung und Modelle der Bund/Länder-Kooperation auf Hochschulebene kritisch
250 begleiten, sich aber zugleich an Pilotprojekten beteiligen und auf die Einhaltung des
251 Leistungsprinzips achten.

252 Die **Berufungsverfahren** auf Professuren an bayerischen Hochschulen müssen weiter
253 professionalisiert werden und internationalen Ansprüchen genügen. Insgesamt hat
254 es sich bewährt, dass das Berufsrecht an die Hochschulleitungen delegiert wurde.
255 Dennoch dauern die Verfahren immer noch zu lange. Das Lehrdeputat für
256 forschungsintensive Professuren muss flexibel ausgehandelt werden können. Reine
257 Lehrprofessuren sollen an den bayerischen Hochschulen nicht geschaffen werden;
258 vielmehr soll jede Professur einen Forschungsauftrag erhalten. Die
259 Weiterentwicklung der bisherigen Besoldungsstufen (W1, W2 und W3) zu W2-
260 Professuren mit zeitlich befristeten Stufen und Aufstiegschancen sowie W3-
261 Professuren, mit und ohne Leitungsfunktion, wird die Berufung exzellenter

262 Spitzenforscher erleichtern; dies wird jedoch auch höhere finanzielle Flexibilität und
263 Spielräume erfordern.

264 Die persönlichen Freiräume für die Forscher ergeben sich aus besoldungsrechtlichen
265 Parametern und aus der Freiheit zur **Kooperation mit der Wirtschaft**. Der Transfer
266 innovativer Technologien aus den Hochschulen in die Wirtschaft bleibt einer der
267 Schlüssel für eine dauerhafte Spitzenposition im globalen Wettbewerb. Engagierte
268 Hochschullehrer und Institutsleiter sind Innovationsmotoren in Ballungszentren wie
269 in der Fläche. Dafür sind unbürokratische Formen des Technologietransfers und eine
270 liberale Handhabung des Patentrechts sowie des Urheberrechts zugunsten von Lehre
271 und Forschung wichtige Komponenten, um die dauerhafte Spitzenposition Bayerns
272 im globalen Wettbewerb zu sichern. Unnötige Einschränkungen der
273 Forschungsfreiheit sind zu vermeiden.

274 Mehrere Initiativen im Umfeld der Hochschulen haben sich in jüngerer Zeit dafür
275 ausgesprochen, dass künftig an Universitäten, Fachhochschulen und
276 außeruniversitären staatlichen Forschungseinrichtungen keine Forschung mehr
277 zugelassen werden sollte, die militärischen Zwecken dienen könnte. Danach sollten
278 diese Forschungseinrichtungen entsprechende **Zivilklauseln** in ihre Statuten
279 aufnehmen. Damit wäre nicht nur die Auftragsforschung für die Bundeswehr
280 untersagt, sondern es wären alle potentiell relevanten Fachdisziplinen mit
281 militärischer Anwendung im weitesten Sinne betroffen. Dies könnte für Werkstoff-
282 und Laserforschung, Informations- und Nachrichtentechnik, Optik- und
283 Nanotechnologie, Sport- und Sozialwissenschaften sowie die Medizin mit Infektions-
284 und Pharmaforschung gelten. Die Forderung nach einer Zivilklausel ist in vieler
285 Hinsicht höchst problematisch. Nach Art. 5 III GG sind Wissenschaft, Forschung und
286 Lehre frei. Außerdem gehört die Bundeswehr zur Bundesrepublik Deutschland. Sie ist
287 Teil unserer Gesellschaft und hat den Auftrag zur Erhaltung von Frieden und
288 freiheitlicher Grundordnung. Sie untersteht festen ethischen Prinzipien und befindet
289 sich unter demokratischer Kontrolle. Sie ist ihrem Auftrag über viele Jahrzehnte in
290 hervorragender Weise gerecht geworden. Wir alle haben Grund, auf diese Institution
291 stolz zu sein. Die Bundeswehr kann ihren friedenssichernden Auftrag nur erfüllen,
292 wenn ein hoher technischer Standard gewährleistet ist. Der Versuch, die
293 Bundeswehr vom Fortschritt moderner Technologien abzukoppeln, würde bedeuten,
294 ihren friedenssichernden Auftrag zu gefährden. Es wäre eine unbegründete

295 Diskriminierung. Darüber hinaus wären breit formulierte Zivilklauseln auch geeignet,
296 missliebige Wissenschaftler in den Hochschulen nach Belieben an den Pranger zu
297 stellen; somit wäre eine Zivilklausel eine unnötige Gefährdung der
298 Wissenschaftsfreiheit. Die CSU möchte weder der Diskriminierung der Bundeswehr in
299 der Gesellschaft noch der Hexenjagd auf einzelne Wissenschaftler an den
300 Hochschulen Vorschub leisten; deshalb lehnt sie eine Zivilklausel strikt ab.

301

302 **4. Neue Wege zu einer exzellenten akademischen Lehre**

303 Die akademische Lehre lebt vom Engagement der Hochschullehrer und der
304 Begeisterung der Lernenden. Der **Bologna-Prozess** hat in einer gelegentlich
305 holprigen Übergangsphase viel Mühe gekostet, zum Teil verbunden mit den
306 Problemen des doppelten Abitur-Jahrgangs im Jahr 2011. Dennoch erhofft man sich
307 gerade durch das Wechselspiel von Bachelor- und Master-Studiengängen viele
308 Optionen für zukunftsfähige Lehre. Zahlreiche Kombinationsmöglichkeiten von
309 Bachelor- und Masterstudiengängen sind entstanden. Die Berufsbefähigung und
310 Profilbildung der Absolventen auf allen Ebenen ist dabei eines der großen Ziele der
311 Bologna-Reform. Vor allem in den sogenannten MINT-Fächern, Mathematik,
312 Informatik, Natur- und Technikwissenschaften, ist bei Universitäten der Master der
313 Regelabschluss; begleitend sind jedoch optionale Master-Module im Bachelor-
314 Studium eine großartige Möglichkeit zur fachlichen Spezialisierung und damit zur
315 beruflichen Qualifizierung. Durch Lerninhalte in einem einheitlichen Gesamtumfang
316 von 300 ECTS-Punkten bis zum Master-Abschluss kann die Vergleichbarkeit der
317 Abschlüsse sichergestellt werden. Dabei ist es Aufgabe von Hochschulen und
318 Ministerium, zukünftig noch mehr der nichtkonsekutiven Studierweise Rechnung zu
319 tragen. Bachelor- und Masterstudiengänge sind fortzuentwickeln, von der formalen
320 Erreichung eines theoretischen Kompetenzniveaus zum individuellen
321 Kompetenzgewinn. Damit werden nicht nur die inhaltliche Fähigkeit, sondern auch
322 die Weiterentwicklung der Persönlichkeit und die Erweiterung des intellektuellen
323 Horizonts in den Mittelpunkt gestellt.

324 Mit dem Bologna-Prozess konnte die Basis für umfassende Akkreditierungen der
325 Lehre geschaffen werden. Rechtlich bindende **Akkreditierungsverfahren** für alle
326 Studiengänge müssen Ziel der Hochschulpolitik bleiben. Die Systemakkreditierung ist
327 ein geeignetes Verfahren, um die Verantwortung autonomer Hochschulen für ihre

328 Studiengänge zu wahren sowie extern zu bewerten. Die Kooperation zwischen den
329 Universitäten, den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und den nicht-
330 staatlichen Einrichtungen, wie Qualitätsakademien und Arbeitgebern, ist bei dualen
331 Modellen und bei Werkstudenten-Modellen von essentieller Bedeutung. Hierzu sind
332 neue Formen des *Public Private Partnership* nicht nur in der Forschung, sondern auch
333 im Rahmen von berufs- und praxisbegleitender akademischer Lehre mutig zu
334 erproben; es gilt, ihre Wirkungsmechanismen zu erforschen und Bewährtes
335 fortzuführen. Für Studiengänge mit staatlichen Abschlüssen wie Medizin,
336 Zahnmedizin, Pharmazie und Jura ist das gestufte Studium nach dem Bologna-
337 Schema weiterhin nicht zielführend.

338 Alle Menschen sollen entsprechend ihrer Begabung nach den Maßstäben der
339 **Chancengerechtigkeit** die Möglichkeit haben, den akademischen Bildungsweg
340 einzuschlagen, unabhängig von ihrer Herkunft und von der Unterstützung im
341 Elternhaus. Viele Studien stimmen darin überein, dass die Bildungswünsche und
342 Bildungsentscheidungen von Eltern und Kindern zum Teil schichtspezifisch ausfallen
343 und oft nicht ausreichend an die Leistungen der Kinder gebunden sind. So schafften
344 beispielsweise im Jahr 2007 von 100 Kindern aus Akademikerhaushalten 71 den
345 Übertritt auf die Hochschulen, doch von 100 Nicht-Akademiker-Kindern schafften es
346 lediglich 24. Diese Zahlenverhältnisse haben sich auch in den letzten Jahren nicht
347 signifikant verbessert. Während die Durchlässigkeit des Bildungssystems im
348 Freistaat Bayern stetig verbessert wurde, entscheidet die soziale Herkunft immer
349 noch maßgeblich über den Bildungserfolg der Kinder. Dem ist durch Maßnahmen in
350 der Lehrerbildung und durch frühzeitige und stärkere Einbindung der Eltern in allen
351 Bildungsebenen entsprechend entgegenzuwirken. Auch sollte über die Nutzung des
352 freiwilligen sozialen Jahres im Sinne eines Ausgleiches der Nachteile nachgedacht
353 werden. Wir müssen uns dagegen verwehren, dass die Hochschulausbildung
354 qualitativ absinkt, allein um eine Chancengleichheit zu erzeugen.

355 Im Dezember 2008 stimmte der Bundesrat der Ratifizierung der UN-Konvention zu
356 den Rechten von Behinderten zu. Artikel 24 dieser Konvention beschäftigt sich
357 insbesondere mit Bildung und Schule und fordert unter anderem die Sicherstellung
358 eines inklusiven Bildungssystems auf allen Ebenen, volle Entwicklungsmöglichkeiten
359 und freien Zugang für Menschen mit Behinderung. Für die CSU ist
360 Chancengerechtigkeit ein zentrales Anliegen. Deshalb ist bei der Hochschul-Planung

361 und -Organisation auf einen barrierefreien Zugang zu Gebäuden, Räumen und
362 Bibliotheken und auf die Umsetzung von Nachteilsausgleichen bei Studien- und
363 Prüfungsleistungen zu achten. Des Weiteren sind barrierefreie Skripte und
364 Materialien für Vorlesungen zu konzipieren. Des Weiteren müssen auch die
365 Institutionen außerhalb des Hochschulcampus neue Wege zur **gezielten Inklusion**
366 einschlagen. Dies betrifft vor allem die Studentenwerke mit dem Angebot von
367 barrierefreiem und behindertengerechtem Wohnraum.

368 Der Zugang zu besonders gefragten Studiengängen muss vielfach aufgrund der
369 spezifischen Anforderungen oder aus Kapazitätsgründen administrativ geregelt
370 werden; und somit ist eine Zugangsbeschränkung für viele Fächer unvermeidlich. Die
371 Hochschulen sollen verpflichtet sein, den Zugang zu den knappen Studienplätzen
372 nicht allein durch Zulassungsbeschränkungen auf Basis der Abiturnoten schematisch
373 zu regeln. Vielmehr müssen ergänzende Kriterien zur **Eignungsfeststellung**
374 herangezogen werden, seien es schriftliche Prüfungen oder persönliche Gespräche.
375 Hier muss allerdings der Aufwand auch finanziell für die Hochschulen abgegolten
376 werden. Generell gilt es, den Hochschulzugang auch über erweiterte Modelle und
377 Experimentalklauseln zu regeln, solange die persönliche und fachliche Eignung der
378 Kandidaten gewährleistet ist. So hat sich beispielsweise auch die Öffnung zu
379 Hochschulen mit einem Meisterdiplom oder einschlägiger Berufspraxis als Weg für
380 Hochqualifizierte bewährt. Für die CSU ist es ein Grundkriterium erfolgreicher
381 Hochschulpolitik, dass allen studierfähigen und studierwilligen jungen Menschen ein
382 attraktives und qualitativ hochwertiges Studium ermöglicht wird.

383 Die beste Bildung, je nach Begabung und Engagement des Einzelnen, muss ein
384 bayerisches Markenzeichen ersten Ranges bleiben. Dennoch haben zahlreiche
385 Studiengänge nach wie vor eine sehr hohe Rate an Studienabbrüchen; es muss
386 versucht werden, dem durch intensiverte Studien- und Berufsberatung sowie durch
387 duale Modelle und Werkstudenten-Modelle entgegenzuwirken. Entsprechend sind
388 Übergangsemester zu installieren, um Benachteiligungen aufzuwiegen. Auch
389 propädeutische Kurse im ersten Studienjahr sollen dazu beitragen, die Rate an
390 Studienabbrüchen zu verringern.

391 Zu Recht wird kritisiert, dass in verschiedenen Fächern die **Notenskalen** oft extrem
392 unterschiedlich genutzt werden. Dies wurde 2012 vom Wissenschaftsrat erneut
393 vehement kritisiert. Vor allem mobile Studenten haben im Europäischen

394 Hochschulraum ein Recht auf eine gerechte und vergleichbare Einschätzung ihrer
395 Leistungen. Deshalb ist darauf hinzuwirken, dass Abschlussnoten als relative Noten
396 in Anlehnung an den ECTS-Leitfaden vergeben werden. Einerseits ist die Inflation von
397 Bestnoten schädlich, andererseits sind hohe Abbrecherraten zu vermeiden, soweit
398 sie nicht fundiert begründet sind. Propädeutika vor dem Studium - also das Studium
399 vor dem Studium - sind im Grunde sinnvoll, doch als verpflichtende Norm sollte es sie
400 nicht geben. Es ist vornehmliche Aufgabe des Gymnasiums und der entsprechenden
401 Institutionen, die Studierfähigkeit herzustellen, und dabei ist die Verflachung der
402 Abiturabschlüsse zu vermeiden.

403

404 **5. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und seine Karrierewege**

405 Bayern hat eine lange Tradition in der Förderung hochbegabter
406 Nachwuchswissenschaftler. Ziel muss es bleiben, junge Eliten an allen Hochschul-
407 Arten systematisch zu fördern und ein den gesellschaftlichen Anforderungen
408 genügendes **Stipendiensystem** aus- und aufzubauen. Die derzeitigen
409 Stipendiensysteme werden ihrer Anreiz- und Auszeichnungsfunktion nicht in jeder
410 Hinsicht gerecht. Stipendien an Hochschulen sollen deshalb künftig materiell so
411 ausgestaltet werden, dass sie vergleichbaren Beschäftigungsverhältnissen
412 gleichkommen. Insbesondere sollen die familienfördernden Maßnahmen, wie
413 Anrechnung von Kindererziehungs-Zeiten, Betreuungsgeld und Elterngeld, mit den
414 Stipendien im Elite-Netzwerk Bayern (ENB) kompatibel werden. Die Kapazität des
415 Elite-Netzwerks Bayern ist auszubauen. Leistungsbezogene Studienangebote, wie
416 Elite-Studiengänge oder *Summer Schools*, sollten mit Landesmitteln finanziell
417 gefördert werden. Hochbegabte Studierende sollen auf der Basis eines Bachelor-
418 Abschlusses in zielorientierte Promotions-Studiengänge im Rahmen von
419 strukturierten Graduiertenkollegs aufgenommen werden können. Die
420 Hochschullehrer sollen, auch materiell, ermutigt werden, Graduiertenkollegs und
421 innovative Promotions-Studiengänge zu schaffen. Eigene Promotions- und
422 Habilitations-Stipendien für Frauen haben sich bislang vorzüglich bewährt und
423 sollten weiterhin ausgebaut werden. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte
424 und studentische Tutoren, die sich promotionsbegleitend in die Aufgaben der Lehre
425 einbringen, müssen angemessen für ihre Tätigkeit vergütet werden.

426 Um die besten Nachwuchsforscher für die bayerischen Universitäten aus dem In- und
427 Ausland zu gewinnen, ist nicht nur eine optimale Forschungs-Infrastruktur vonnöten;
428 es ist auch bedeutsam, die jungen Wissenschaftler früh in eigenverantwortliche
429 Positionen zu führen, die ihnen längerfristige Perspektiven erlauben. Hierfür sind
430 weitere **Tenure Track**-Modelle an den bayerischen Universitäten zu schaffen. Die
431 Technische Universität München hat hierin vorbildliche Pionierarbeit geleistet und
432 ein entsprechendes Modell realisiert. Im Kern besteht es darin, dass qualifizierte
433 Nachwuchswissenschaftler, die sich durch hochrangige Publikationen ausgezeichnet
434 haben und die Fähigkeit zu wissenschaftlicher Eigenständigkeit bewiesen haben, auf
435 zeitlimitierte Professuren (W2) berufen werden, um auf der Basis einer kritischen
436 Zwischenevaluation mit externen Gutachten in dauerhafte Professuren (W3)
437 eingewiesen zu werden. Das *Tenure Track*-Modell der TU München sollte anderen
438 Hochschulen in Bayern Modell stehen. Allerdings sind die Ressourcen zur Schaffung
439 von *Tenure Track*-Professuren an den Hochschulen limitiert, da viele Hochschullehrer-
440 Positionen in feste Lehrstrukturen eingebunden sind und eine inhaltliche freie
441 Begabtenauslese deshalb nur begrenzt möglich ist. Daher schlägt die CSU vor, dass
442 ein Programm zur Schaffung **bayerischer Zukunftsprofessuren** implementiert wird.
443 Die Auswahlverfahren könnten sich an bewährten Strukturen orientieren, wie sie sich
444 beispielsweise im Fiebigger-Programm und mit den BayGene-Professuren sehr gut
445 bewährt haben. Ziel soll es sein, einen Pool von *Tenure Track*-Professuren am
446 Wissenschaftsministerium zu schaffen und ohne Themenbindung auszuschreiben.
447 Die Positionen sollen reserviert sein für herausragend qualifizierte Bewerber. Die
448 Kandidaten sollen von den Hochschulen nominiert werden. Da zu erwarten ist, dass
449 mehr ausgezeichnete Kandidatinnen und Kandidaten nominiert werden, als
450 Professorenstellen verfügbar sind, wird sich daraus zwischen den bayerischen
451 Hochschulen ein Wettbewerb der besten Ideen entwickeln.

452

453 **6. Organisationsstrukturen**

454 Das bayerische Hochschulgesetz sieht eine wohlausgewogene Balance in den
455 Kompetenzen und Zuständigkeiten der diversen Gruppen an den Hochschulen und
456 ihren Gremien vor. Ziel muss es bleiben, die **Professionalisierung** und administrative
457 Schlagkraft der Einrichtungen noch weiter fortzuentwickeln und zu stärken. Die
458 Entscheidungswege in den Hochschulen müssen fortentwickelt werden, und die

459 Hochschulen sollen ermutigt werden, über Experimentierklauseln neue
460 Entscheidungsmodelle zu gestalten. Die strategische und wissenschaftliche
461 Gesamtverantwortung bleibt beim Ministerium, ebenso wie der Auftrag, für eine
462 dynamische Fortentwicklung der Finanzierung zu sorgen. Daher erscheint es
463 essentiell, dass die Staatsregierung in den Aufsichtsgremien der Hochschulen
464 hochrangig vertreten bleibt. Die Hochschulen sollen ermuntert werden,
465 beispielsweise Department-Strukturen nach internationalen Vorbildern zu erproben,
466 um den Freiraum für selbständige Forscher in ihren Reihen zu erhöhen. Akademische
467 Beratungskommissionen, von den Senaten der Hochschulen demokratisch
468 legitimiert, müssen noch mehr in die Entscheidungen zu Grundfragen der
469 Forschungsplanung, der Hochschulfinanzierung und zu Grundsatzfragen
470 akademischer Lehre einbezogen werden.

471 Die **Hochschulklinika** an fünf bayerischen Universitäten sind komplexe Strukturen,
472 die nicht nur im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb stehen. Sie
473 haben auch einen breiten Auftrag in der medizinischen Maximalversorgung. Nach
474 dem bayerischen Universitätsklinik-Gesetz sind die Klinika eigenständige Anstalten
475 des öffentlichen Rechts, die der jeweiligen Trägeruniversität zugeordnet sind. Sie
476 dienen der universitären Forschung und Lehre und dem wissenschaftlichen
477 Fortschritt und nehmen daran ausgerichtet Aufgaben der Krankenversorgung wahr.
478 Hierfür erhalten sie einen finanziellen Zuschuss für Forschung und Lehre; dieser muss
479 künftig besser an die Kostenentwicklung angepasst und dynamisiert werden. Das
480 Erfolgsrezept der universitären Medizin in Deutschland ist die konsequente Einheit
481 von Forschung, Lehre und Krankenversorgung, und dem hat das bayerische
482 Hochschulklinika-Gesetz vorbildlich Rechnung getragen. Ziel für die kommenden
483 Jahre muss es bleiben, die Professionalisierung der Entscheidungsstrukturen in den
484 Universitätsklinika noch weiter zu fördern. Die Leitungsgremien der
485 Universitätsklinika brauchen hauptamtliche Entscheidungsträger. Auch wenn das
486 Klinikum mit der Universität, der es zugeordnet ist, sehr intensiv kooperiert und
487 damit dem wissenschaftlich-medizinischen Fortschritt dient, muss die gesamte
488 Hochschul-Medizin in einer einheitlichen und homogenen Verwaltungsstruktur
489 stehen. Die Mission der Hochschulklinika zu ihrem eigenständigen universitären
490 Forschungs- und Lehrauftrag muss sich in der Qualifikation der Klinikumsvorstände

491 und ihrer Befähigung zu zukunftsweisenden Struktur- und
492 Organisationsentscheidungen widerspiegeln.

493

494 **7. Hochschul-Finanzierung**

495 Die bayerischen Hochschulen brauchen **Planungssicherheit** und verlässliche
496 finanzielle Rahmenbedingungen. Die CSU will die **Haushaltsmittel der Hochschulen**
497 **deshalb weiter steigern** und legt höchsten Wert auf langfristige
498 Finanzierungszusagen. Auch wenn es immer mehr darauf ankommen wird, den
499 Hochschulen weitere Finanzierungsquellen zu erschließen, so steht der Staat als
500 Träger und maßgeblicher Finanzier von Forschung und Lehre auch künftig in der
501 Hauptverantwortung. Gerade die Grundlagen- und Basisforschung ist nicht primäres
502 Ziel der Industrie unter derzeitigen Wirtschaftlichkeitsaspekten, sondern bildet die
503 Basis der Hochschullandschaft. Nur staatliche Finanzierung gewährleistet die
504 Unabhängigkeit der Forschung. Die CSU versteht Mittel für Wissenschaft, vor allem
505 an den Hochschulen, als **Investitionen in die Zukunft Bayerns**. In die mittelfristige
506 Finanzplanung müssen auch die steigenden Zahlen der Studierenden an den
507 bayerischen Hochschulen als Steigerungsfaktor eingehen. Wenn wir nach außen hin
508 die Bildung als wichtig ansehen, dürfen wir nicht über eine
509 Finanzierungsminimierung nach innen nachdenken müssen. Die zuständigen
510 Ministerien sollen den notwendigen Rahmen für den Ausbau der Hochschulen in
511 Zielvereinbarungen festlegen. Die Bewertung des Erfolgs in den Forschungs- und
512 Lehrleistungen, nicht nur die Prozesskontrolle, müssen der entscheidende Maßstab
513 sein. Dies beinhaltet, dass die Hochschulen eine sachgerechte Ausstattung für
514 Personal- und Sachmittel erhalten. Die Verteilung der Mittel zwischen den
515 Hochschulen muss zunehmend die Leistungsparameter in Forschung und Lehre
516 berücksichtigen. An der **leistungsorientierten Mittelverteilung (LOM)** zwischen den
517 bayerischen Universitätsklinika kann hierfür Maß genommen werden.

518 **Drittmittel** der öffentlichen Hand stellen eine wichtige Ergänzung der
519 Hochschuletats dar. Die Einwerbung von Drittmitteln ist als eine wichtige Aufgabe
520 der Hochschullehrer zu bewerten. Darüber hinaus sollen bessere Anreizsysteme für
521 Stifter und Förderer aus dem privaten Bereich und aus der Wirtschaft geschaffen
522 werden. Es bleibt anzustreben, dass Drittmittel aus der Wirtschaft einschließlich der
523 Gelder für Auftragsforschung steuerlich besser berücksichtigt werden.

524 Die Attraktivität der bayerischen Hochschulen steht und fällt auf Dauer mit deren
525 finanziellem Unterbau. Daher ist in hohem Maße zu begrüßen, dass die wegfallenden
526 **Studienbeiträge** mit staatlichen Mitteln voll kompensiert werden. Damit ist es allen
527 Hochschulen möglich, den durch die Studienbeiträge verbesserten status quo in der
528 Lehre aufrechtzuerhalten. Richtig ist, dass die Gelder weiterhin in eigenen
529 Verwaltungstiteln bleiben und unter der bewährten **Mitwirkung der**
530 **Studierendenvertreter** dort eingesetzt werden, wo der Bedarf am dringendsten
531 empfunden wird. Darüber hinaus werden auch die Katholische Universität Eichstätt-
532 Ingolstadt und die Hochschule für Philosophie München bei der Kompensierung der
533 Mittel berücksichtigt. Im kommenden Doppelhaushalt 2015/2016 und darüber hinaus
534 ist vor allem die Dynamisierung der Mittel, d.h. die Anpassung der
535 Kompensationszahlungen an steigende und sinkende Studentenzahlen zu
536 berücksichtigen.

537

538 **8. Empfehlungen**

539 Bayern ist ein exzellenter Standort für Spitzenforschung und Hochtechnologie. Die
540 bayerischen Hochschulen sind im nationalen und im globalen Vergleich Stätten von
541 hochqualifizierter Forschung und Ausbildung. Dennoch gilt es, neue
542 Herausforderungen aufzunehmen.

- 543 • **Der weitere Ausbau von Forschung und Lehre** an unseren Hochschulen muss
544 vorrangiges Ziel bleiben, und ihre inhaltliche Vielfalt ist beizubehalten. Das
545 gesamte Spektrum zählt, von der Grundlagenwissenschaft bis zur
546 Industrieforschung.
- 547 • Die reinen Grundlagenwissenschaften und anwendungsorientierte
548 Forschungsansätze müssen noch besser verzahnt werden. **Regionale**
549 **Technologie- und Bildungs-Cluster** können hierfür optimale Handlungsansätze
550 bieten.
- 551 • **Bundesfinanzierte außeruniversitäre Forschungsinstitute** sind in der Fläche des
552 Freistaats neu anzusiedeln, um einem dringenden Nachholbedarf abzuhelpfen.
- 553 • **Das Leistungsprinzip in Forschung und Lehre** ist an den Hochschulen
554 konsequent weiterzuentwickeln. Alle Hochschulen müssen sich der kritischen
555 Evaluation ihrer Leistungsfähigkeit unterwerfen.

- 556 • Die Hochschulen müssen in den **Wettbewerb um die Zuwendung der**
557 **Fördermittel** gestellt werden. Der Wettbewerb um Exzellenz und Leistung sichert
558 den Hochschulen und ihrer Forschung langfristig ihre Dynamik. Dabei darf der
559 Wettbewerb aber nicht die Ideenfindung und das kreative Denken unterdrücken.
- 560 • **Interdisziplinäre Kooperation und Internationalisierung** brauchen neue
561 Anreizsysteme. Die Bekanntheit eines Studiums in Bayern, im Sinne von *Study in*
562 *Bavaria*, muss erhöht werden.
- 563 • Die Strategiefindung von Hochschulen und Ministerien bedarf der Begleitung
564 durch akademische Gremien. Daher wird empfohlen, einen **Beirat für**
565 **Hochschulen und Wissenschaft des Freistaats Bayern** einzurichten, der die
566 zukünftigen Herausforderungen für unser Wissenschaftssystem identifiziert und
567 Empfehlungen zum weiteren Ausbau der Spitzenposition Bayerns erarbeitet.
- 568 • Die Hochschulen brauchen nicht nur die **Freiheit des Forschers und des**
569 **akademischen Lehrers**, sondern auch **administrativen Freiraum** für den Einsatz
570 von Personal- und Sachmitteln.
- 571 • Die **Förderung der Akademikerinnen** bleibt ein wesentliches Anliegen der Politik.
572 Dabei sollten nicht starre Quotenregelungen, sondern die familienfreundliche
573 Gestaltung des Arbeitslebens und flexible Mechanismen der Karriereförderung
574 im Vordergrund stehen.
- 575 • Mit einem Programm zur **Bayerischen Zukunftsprofessur** soll ein Mechanismus
576 geschaffen werden, der *Tenure Track*-Modelle zu strukturieren hilft und zugleich
577 im Wettbewerb zwischen den Hochschulen wissenschaftliche Spitzenkräfte aus
578 dem In- und Ausland nach Bayern bringt. Ein attraktives *Tenure Track*-Modell
579 existiert bereits in Bayern; es ist jedoch noch nicht breit genug implementiert.
- 580 Die CSU muss der Hochschul- und Forschungs-Politik höchste Priorität einräumen und
581 sich dabei zu den Leitlinien von Qualität und Leistung neben sozialer Verantwortung
582 bekennen. Die Finanzierungsbasis muss sich dem zunehmenden Forschungs- und
583 Innovationsbedarf unserer Gesellschaft sowie der wachsenden Zahl an Studierenden
584 anpassen. Forschung und akademische Lehre eröffnen den Weg in eine
585 prosperierende Zukunft.

586
587
588

589 **B) Forschung und Technologie**

590

591 **1. Forschungs- und Technologiepolitik**

592 Die Auswirkungen der Finanzkrise und der Kampf gegen den Klimawandel haben
593 genauso wie die Herausforderungen der Demographie bereits heute große
594 Auswirkungen auf die Zukunftschancen unserer Gesellschaft. CSU versteht dabei den
595 Einsatz immer knapper werdender staatlicher Ressourcen für Wissenschaft und
596 Forschung als zentrales Leitmotiv ihrer Zukunftspolitik. Erfolge in Wissenschaft und
597 Forschung sind die wichtigsten Weichenstellungen für eine langfristige Standort-
598 Umwelt- und Sozialpolitik.

599

600 Erfolgreiche Forschungspolitik muss einem scheinbaren Widerspruch gerecht
601 werden: breit und ergebnisoffen angelegt und gleichzeitig zielgerichtete
602 Anwendungsorientierung. Die Förderung der Grundlagenforschung in allen
603 Wissenschaftsbereichen, auch der Geistes- und Sozialwissenschaften, gehört
604 selbstverständlich zu ihren Aufgaben, wie produktorientierte und
605 anwendungsbezogene Technologiepolitik.

606

607 Nur die Schaffung einer kritischen Gesamtmasse an Forschungspotenzial im
608 Gesamtspektrum von Wissenschaft und Wirtschaft macht einen Standort auf Dauer
609 erfolgreich.

610

611 Wichtigste Ziele für die Forschungspolitik sind dabei

612

- 613 • optimale Bedingungen für Forschung,
- 614 • Vernetzung als Grundelement,
- 615 • Durchbrechen herkömmlicher Fach- und Institutionenschränken,
- 616 • Gewinnung und Halten exzellenter Spitzenforscher,
- 617 • Bereitstellung international vergleichbarer Spitzeneinrichtungen als Grundlage
618 für die Cluster-Bildung,
- 619 • Stimulierung von Drittmittelgebern (öffentlich und privat),
- 620 • Ausbau von Forschungskompetenz in allen Regionen und Zukunftsfeldern,
- 621 • Kooperation zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft ,

- 622 • Qualitätssicherung durch Evaluation und Prämierung und
- 623 • internationale Standortvertretung.

624

625 **2. Forschungspolitik im 21. Jahrhundert**

626 Strategische Forschungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts muss aus Sicht der
627 Christlich-Sozialen Union folgende Eckpunkte berücksichtigen:

- 628 • Mit der Forschung in Bayern und Deutschland internationales Spitzenniveau
629 anzustreben ist zentrale Aufgabe von Forschungspolitik. Mit möglichst vielen
630 Wissenschaftsgebieten an der Weltspitze oder zumindest auf gleicher
631 Augenhöhe mit den Besten der internationalen „scientific community“ zu
632 stehen stellt ein dauerhaftes politisches und gesellschaftliches Postulat an
633 Forschungspolitik in Deutschland dar.
- 634 • Der Einsatz materieller und finanzieller Ressourcen in Forschung und
635 Entwicklung, insbesondere für die Gewinnung hervorragender Köpfe national
636 und international, bedeutet langfristig wirkende Investitionen. Die Bewertung
637 als konsumtive Ausgaben muss Forschungspolitik dauerhaft verändern.
- 638 • Die Umsetzbarkeit von Forschungsergebnissen ist Interesse und Ziel von
639 Forschungspolitik. Die Bereitstellung eines entsprechenden Instrumentariums
640 - etwa im Patent- oder Technologietransfer - eine zentrale Aufgabe. Die
641 Zusammenarbeit der Partner Wissenschaft und Forschung ist
642 selbstverständlicher Standard.

643

644 Forschung hat aus Sicht der CSU eine Fülle von Wirkungspotenzialen:

645

- 646 • Forschungspolitik ist Standortpolitik. Unabdingbar für den Erfolg sind oft erst
647 längerfristig Effekte erzielende Investitionsentscheidungen. Hier liegt die
648 Verantwortung langfristig angelegter Wissenschafts- und Standortpolitik. Die
649 Schaffung einer kritischen Gesamtmasse an Forschungspotenzial im
650 Gesamtspektrum von Wissenschaft und Technologie macht einen Standort auf
651 Dauer erfolgreich.
- 652
- 653 • Forschungspolitik ist Clusterpolitik. Die exzellenzorientierte Entwicklung von
654 Standortpotenzialen in enger Zusammenarbeit zwischen Forschung und

655 Wirtschaft eröffnet neue Leistungspotenziale. Die Ausbildung wissenschafts-
656 gestützter Netzwerke in der Fläche zeigt eine zweite Ebene auf. Die Öffnung
657 zwischen Forschung und Wirtschaft muss dafür weiter vorangetrieben werden.

658

659 • Forschungspolitik ist Europapolitik. Erfolgreicher Wettbewerb kann aus Sicht
660 der CSU nur durch ein langfristiges und strategisches Engagement auf
661 europäischer Ebene erreicht werden. Der Start des neuen
662 Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ im Jahr 2014 und die
663 verstärkten Anstrengungen der EU in der Forschungspolitik machen die
664 Präsenz von Bund und Ländern in diesem Prozess besonders wichtig.

665

666 • Forschungspolitik ist Kooperation. Die Vielfalt der Forschungslandschaft mit
667 Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, wie etwa der Max-
668 Planck-Gesellschaft oder den Fraunhofer-Instituten sowie den Forschungs-
669 und Entwicklungsaktivitäten der Wirtschaft in unserem Land bergen ein
670 großes Kreativpotenzial. Die Zusammenarbeit in der Forschung zwischen
671 Hochschulen untereinander und mit außeruniversitären
672 Forschungseinrichtungen aller Gattungen muss nach Einschätzung der CSU
673 systematisch ausgebaut und langfristig vernetzt werden. Die Wirkungskraft
674 der Forschungsorganisationen und ihre Finanzierung soll langfristig gesteigert
675 und zwischen Bund und Ländern gesichert werden.

676

677 • Forschungspolitik ist Wirtschaftspolitik. Identifizierung und Ausbildung
678 innovativer Forschungs- und Technologiefelder ist für Deutschland der
679 Schlüssel für eine dauerhafte Spitzenposition im globalen Wettbewerb.
680 Wertschöpfung und die Sicherung hochwertiger Beschäftigung durch
681 strategische Technologieförderung beschreibt die CSU als die
682 Querschnittsaufgabe für Forschung und Wirtschaft.

683

684 • Forschungspolitik ist Umweltpolitik. Deutschland steht vor der
685 Herausforderung, den Ausstieg aus der Atomenergie zu meistern und zudem
686 den Ausstoß klimaschädlicher Gase auf ein langfristig umweltverträgliches
687 Niveau zu reduzieren. Dabei stehen sich viele teils widersprüchliche Interessen

688 gegenüber: die Energiewende sollte ökonomisch und ökologisch ausgewogen
689 sein, die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und
690 Generationen berücksichtigen und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes
691 gewährleisten. Die Breite dieser Herausforderung muss sich auch in der
692 Vielfalt der Forschungsbereiche widerspiegeln: als Beispiel seien hier nur die
693 Themen Regenerative Energien, Speicherforschung, Energieeffizienz und
694 Smart Grid genannt.

695

696 • Forschungspolitik ist Sicherheitspolitik. Die Digitalisierung und zunehmende
697 Vernetzung unserer gesamten Gesellschaft bergen ein großes ökonomisches
698 Potential, bringen aber auch neue Gefahren mit sich. Die Stabilität der
699 gesamten öffentlichen Infrastruktur, insbesondere der Ausbau eines stabilen
700 und intelligenten Stromnetzes, die Abwehr von Angriffen aus dem Internet
701 (einschließlich des besonderen Schutzes geistigen Eigentums) sind für unsere
702 Forschungspolitik Chance und Herausforderung zugleich.

703

704 • Forschungspolitik ist Förderpolitik. Der gezielte Einsatz von Leistungsanreizen
705 in Forschung und Technologie steht für die CSU an vorderster Stelle. Die
706 Entwicklung wirkungsstarker Förderinstrumente stellt die Forschungspolitik
707 vor neue Aufgaben. Leistungsorientierte Drittmittel eröffnen auch in Zukunft
708 wichtige Spielräume für Forschung und Technologie. Die Schaffung besserer
709 Bedingungen zur Gewinnung von Drittmitteln bleibt weiter vordringlich, etwa
710 im Bereich eines international attraktiven Stiftungsrechtes.

711

712 **C) Kunst und Kultur**

713

714 **1. Kunst und Kultur - Wurzeln unserer Zukunft**

715 Kunst und Kultur als Ausdruck schöpferischer Freiheit des Menschen und der
716 Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Heimat, ihrer Region und ihrem
717 Land haben in der modernen globalisierten Welt Bedeutung wie nie zuvor. Kunst und
718 Kultur sind Inbegriff menschlicher Lebensäußerung, sie sind als anregende und
719 reflektierende **Kraft für Staat und Gesellschaft unverzichtbar. Darüber hinaus sind**

720 **Kunst und Kultur Standortfaktoren die unser Land unverwechselbar machen und ihr**
721 **Anziehungskraft geben.**

722

723 Kunst und Kultur haben bewusstseinsbildende Wirkung in unserer Gesellschaft.
724 Grundgesetz und Bayerische Verfassung gewährleisten die freie künstlerische
725 Betätigung. Aufgabe des Staates ist es, Kunst vor Eingriffen in ihren
726 eigengesetzlichen, autonomen Gestaltungsraum zu schützen und ihre Vielfalt auch
727 durch die Förderung möglichst **vieler Bereiche und Akzentuierungen zu sichern.** Das
728 Gemeinwesen hat die Aufgabe, Kunst und Kultur zu fördern, Prägendes und
729 Bleibendes zu sammeln und zu dokumentieren. Es ist nicht Aufgabe des Staates,
730 Kunst **zu bewerten, sondern vielmehr Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sich**
731 **Kunst entwickeln kann.**

732

733 **a) „Nur wer weiß woher er kommt, weiß auch wohin er geht“ - Identität und**
734 **Bewusstsein**

735 In der modernen Wissensgesellschaft mit ihren weltweiten Verflechtungen ist ein
736 identitätsstiftendes Zusammengehörigkeitsgefühl unverzichtbar. Der kulturelle
737 Reichtum Deutschlands speist sich aus der Vielfalt seiner Länder und Regionen und
738 seiner Offenheit für Anregungen aus aller Welt. Die Verkörperung dieser Identität in
739 unzähligen Institutionen und Vereinen in den großen Städten bis in die kleinsten
740 Dörfer zeichnet Bayern aus, das in vielen Teilen der Welt als Repräsentant
741 Deutschland angesehen wird. Das Beheimatetsein in einer globalisierten Welt ist aus
742 Sicht der CSU eine wichtige Bedingung für die Stabilität unserer Gesellschaft.

743

744 Die **CSU hat in ihrer Regierungsverantwortung** dafür Sorge getragen, dass das reiche
745 kulturelle Erbe des Landes bewahrt wurde und sich entwickeln konnte. Die historisch
746 gewachsene Kulturlandschaft Bayerns strahlt mit ihrem reichen Bestand an
747 Kulturdenkmälern, der großen Vielfalt an kulturellen Veranstaltungen, künstlerischen
748 Initiativen und kreativen Unternehmungen. Kulturpolitik in Bayern hat den Anspruch,
749 einerseits das reiche kulturelle Erbe zu bewahren, andererseits das aktuelle
750 Kulturschaffen zu fördern und zu unterstützen. Das Bemühen um Kunst und Kultur,
751 nicht zuletzt auch in deren Vermittlung, soll die Begeisterung für das Land und die
752 Gesellschaft, die sie birgt und gebiert, ansprechen und fördern.

753 **b) Kultur als Verfassungsauftrag**

754 Die CSU versteht die Wahrnehmung unseres Verfassungsauftrags gem. Art. 141 BV,
755 den Kulturstaat Bayern zu entwickeln und zu bewahren, als lebendigen und
756 essentiellen Gestaltungsauftrag an die Politik.

757

758 Die CSU wird nachdrücklich den beschrittenen Weg fortsetzen, das kulturelle
759 Bewusstsein Bayerns im föderalen Rahmen der Bundesrepublik zu **stärken**.

760

761 Kunst und Kultur geben Impulse für die Lebensgestaltung **aller** Bürgerinnen und
762 Bürger.

763

764 Kulturpolitik ist nach dem Grundgesetz im Kulturföderalismus das Kernstück der
765 Eigenstaatlichkeit der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, auch im Verhältnis
766 der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Europäischen Union.

767

768 Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine Aufgabe von Bund, Ländern und
769 Kommunen, die jeweils eigene und unverzichtbare Aufgaben haben.

770

771 • Der Bund muss seine kulturellen Aufgaben, für die er zuständig ist,
772 konsequent wahrnehmen: die auswärtige Kulturpolitik, die Förderung
773 deutscher Sprache und Kultur im **Ausland**, die gesetzliche Verpflichtung zur
774 Wahrung des Geschichts- und Kulturerbes der Heimatvertriebenen sowie die
775 Förderung der zeitgeschichtlichen Erinnerungs- und **Lernarbeit**.

776 • Der Freistaat Bayern ist aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass eine
777 lebendige Auseinandersetzung mit Bayerns Geschichte und Kultur in allen
778 Regionen des Freistaates Bayern angeregt und unterstützt wird. Unser reiches
779 kulturelles Erbe an Schlössern, Burgen, Kirchen und Denkmälern, unsere
780 weltweit beachteten Kunst- und Kultursammlungen in den Museen und
781 Sammlungen sind uns kostbar, wir wollen sie als lebendigen Beitrag unserer
782 Geschichte ausbauen und fördern.

783 • Die CSU will weiter dafür Sorge tragen, dass nicht nur in den Zentren, sondern
784 bayernweit ein vielfältiges kulturelles Angebot zur Verfügung steht. Das Ziel,

785 alle Landesteile gleichwertig mit kulturellen Angeboten zu versorgen, hat für
786 uns besondere Priorität.

- 787 • Die örtliche Kulturpflege obliegt den Gemeinden. Der Staat fördert Kunst und
788 Kultur von überregionaler Bedeutung und unterstützt die Gemeinden auf dem
789 Gebiet der örtlichen Kulturpflege im Rahmen seiner finanziellen
790 Möglichkeiten. Die CSU spricht sich für ein nachhaltiges Engagement des
791 Freistaates Bayern auch im Bereich der örtlichen Kulturpflege aus.

792

793 Auch in der modernen Wissensgesellschaft mit ihren weltwirtschaftlichen
794 Verflechtungen ist nationales Zusammengehörigkeitsgefühl unverzichtbar. Die große
795 Mehrheit der Deutschen und vor allem der Bayern versteht sich als
796 Solidaritätsgemeinschaft, verbunden durch die gemeinsame Geschichte und den
797 gemeinsamen Staat ebenso wie durch die gemeinsame Sprache und Kultur. Die
798 bayerischen Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf ein kulturelles Erbe, das die
799 Vielfalt des gesamten Freistaates Bayern widerspiegelt.

800

801 **c) Kulturelle Infrastruktur**

802 Der Freistaat Bayern verfügt dank der konsequenten Politik der CSU über ein
803 flächendeckendes Angebot kultureller Einrichtungen. **Die Sicherung sowie der**
804 **weitere Ausbau der kulturellen Infrastruktur können nicht vernachlässigt werden.**
805 Auch die Kulturpolitik muss sich Veränderungsprozessen stellen, die dem
806 Wertewandel unserer Gesellschaft, aber auch den Entwicklungen **im Bereich der**
807 **Medien Rechnung tragen.** Unsere Kulturpolitik muss offen sein für die
808 Herausforderungen der neuen Technologien wie auch neuer Formen der Kunst.

809

810 Der kontinuierlichen und erfolgreichen Politik der CSU in Staat und Kommunen ist es
811 zu verdanken, dass Bayern über ein flächendeckendes Netz kultureller Einrichtungen
812 verfügt. Die Sicherung und der Ausbau dieser kulturellen Infrastruktur Bayerns
813 stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Kulturpolitik muss offen sein für neue Formen
814 der Kunst. Der Staat kann bei aller Förderung der Kultur im Hinblick auf Freiheit,
815 Autonomie und Eigengesetzlichkeit der Kunst nicht selbst Inhalte setzen,
816 gewissermaßen Kultur „schaffen“. Die öffentliche Hand ist aber in der Pflicht,
817 geeignete Rahmenbedingungen für alle Formen eines freien Kulturlebens zu

818 etablieren, auf deren Grundlage sich alle künstlerischen Betätigungen entfalten
819 können. Wir wollen dies fortsetzen durch

820

- 821 • eine kulturfreundliche Gesetzgebung, insbesondere im Stiftungs- und
822 Steuerrecht,
- 823 • **den maßgeblichen Betrieb und die Veranstaltung kultureller Programme und**
824 **Angebote im ganzen Land,**
- 825 • die finanzielle Förderung nichtstaatlicher Institutionen, kommunaler und privater
826 Initiativen und
- 827 • Förderung **freier Träger durch** Zuschüsse, Preise und Stipendien.

828

829 Die Situation der öffentlichen Haushalte erfordert auch im Bereich der Kultur
830 erhebliche Anstrengungen. Die Ausgaben für Kunst und Kultur müssen im
831 öffentlichen Bewusstsein als Investitionen in die Standortqualität unseres Landes
832 und unserer Städte und Gemeinden verankert werden. **Das Bewusstsein dafür zu**
833 **schaffen, ist eine zentrale Aufgabe der Kulturpolitik.** Wenn es gelingt, auch die
834 finanzielle Dimension von Kunst und Kultur in ihrer positiven ökonomischen Wirkung
835 nachhaltig deutlich zu machen, wird der Verfassungsauftrag der Kulturstaatsidee
836 dauerhaft wirksam. Wir werden noch mehr Wert darauf legen, dass das private
837 Engagement gefördert und gestärkt wird.

838

839 **Die Förderung von Kunst und Kultur ist für die CSU auch bei gesamtwirtschaftlicher**
840 **Betrachtung ein Gebot der ökonomischen Vernunft.**

841

842 **2. Kunsthochschulen**

843 Die Akademien der Bildenden Künste in München und Nürnberg, die Hochschulen für
844 Musik in München, Nürnberg und Würzburg und die Hochschule für Film und
845 Fernsehen in München haben sich einen hervorragenden Ruf erworben. Weitere
846 Einrichtungen für Spitzenausbildung im musischen Bereich tragen ebenfalls dazu bei.
847 Sie tragen als Ausbildungsstätten für den künstlerischen Nachwuchs besondere
848 Verantwortung und müssen hohen Anforderungen gerecht werden, um unsere
849 jungen Künstler im internationalen Wettbewerb bestehen zu lassen. Hierzu bedürfen
850 sie einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung. Die CSU wird auch

851 künftig die besondere Bedeutung der Ausbildung des künstlerischen Nachwuchses
852 betonen und unterstützen.

853 **3. Theater**

854 Bayern verfügt über eine reiche und lebendige Theaterlandschaft, die in ihrer
855 historisch gewachsenen Struktur geprägt ist von der Vielfalt der zahlreichen
856 kommunalen und privaten Theater in allen Regionen Bayerns. Neben den drei
857 Staatstheatern in München, dem Staatstheater in Nürnberg stehen über 30 Theater
858 mit eigenem, professionellem Ensemble. Eine große Zahl von Bühnen arbeitet mit
859 wechselndem künstlerischem Personal. Zahlreiche Aktivitäten von Volks- und
860 Laienspielgruppen, Puppen- und Figurentheatern sowie eine Reihe sommerlicher
861 Freiluftspiele runden die bayerische Theaterszene ab.

862

863 Die CSU setzt sich für die Erhaltung und staatliche Förderung der bayerischen
864 Theaterlandschaft ein. Vorrangiges Ziel muss der Erhalt der vorhandenen
865 Institutionen sein. Es gilt, die traditionelle Theaterlandschaft zu stabilisieren und in
866 **ihrer Struktur** zu festigen. Dazu bedarf es einer finanziellen **Ausstattung** der Theater.
867 Staat und Kommunen als Träger wie als Zuwendungsgeber sind aufgerufen, die
868 Existenz der Häuser zu sichern. Kultur und Politik müssen im konstruktiven Dialog
869 nach einvernehmlichen Lösungen suchen, wie bei Wahrung des künstlerischen
870 Anspruchs die ökonomische Effizienz der Theater weiter verbessert werden kann. Die
871 Reform der Finanzierung der nichtstaatlichen Theater muss deshalb die Sicherung
872 der Einrichtungen, verbunden mit qualitätsorientierten Anreizen, zum Ziel haben. Bei
873 entsprechenden Spielräumen ist auch die Aufnahme neuer leistungsfähiger **Institute**
874 in die Förderung ins Auge zu fassen.

875

876 Eine besondere Herausforderung, die den Einsatz staatlicher Mittel rechtfertigt, sieht
877 die CSU in der Hinführung junger Leute, also des Publikums von morgen, an das
878 **Theater. Staatliche** und kommunale Fördermittel sollten gezielt für Einrichtungen
879 und Angebote des Kinder- und Jugendtheaters eingesetzt werden. Hier kann auch ein
880 besonderer Anreiz bei der Gewährung zusätzlicher staatlicher Fördermittel gesetzt
881 werden.

882

883 **Die CSU wird sich weiter für ein flächendeckendes Theaterangebot in allen**
884 **Landesteilen einsetzen. Theater, gerade auch die Mehrspartenhäuser, sind das**
885 **Rückgrat kultureller Infrastruktur. Die Förderung der nichtstaatlichen Theater**
886 **außerhalb der Ballungszentren muss fortgeführt werden. Gleichzeitig muss den**
887 **Staatstheatern die erforderliche Ausstattung gewährt werden, damit diese ihren**
888 **hervorragenden Ruf im nationalen wie internationalen Vergleich bewahren können.**

889

890 **4. Musikpflege**

891 Musik ist in Bayern überall zu Hause. Noch nie gab es in Bayern ein vergleichbar
892 blühendes, reiches Musikleben wie heute. In Laienmusikvereinen sind über 350.000
893 aktive Sänger, Orchestermusiker und sonstige Instrumentalisten
894 zusammengeschlossen. **Die Volksmusik spielt in allen Gegenden Bayerns eine**
895 **wichtige Rolle.** Eine Vielzahl von Jugendlichen engagiert sich darüber hinaus im Rock-
896 , Pop- und Jazzbereich. In den allgemein bildenden Schulen ist **meist** Musik
897 Pflichtfach; besondere Schulformen, insbesondere die **Musischen Gymnasien** und die
898 bundesweit einmaligen Berufsfachschulen für Musik, stellen für musikalisch begabte
899 Schüler zusätzliche Förderangebote bereit.

900

901 Das Netz der Sing- und Musikschulen, die neben der Breitenarbeit auch
902 Spitzenförderung betreiben, ist das tragende Element unserer Musikszene. **Die**
903 **Musikpädagogik ist ein zentraler Bereich des Musiklebens, wobei sich privater**
904 **Unterricht und Unterricht in Sing- und Musikschulen ergänzen.** Auch in schwieriger
905 Haushaltsslage strebt die CSU den weiteren Ausbau der staatlichen Förderung für die
906 Sing- und Musikschulen an. Ziel ist dabei ein flächendeckender Ausbau des Sing- und
907 Musikschulangebotes.

908

909 Gezielte Begabtenförderung wird wahrgenommen durch die Wettbewerbe „Jugend
910 musiziert“ und „Jugend jazzt“ sowie Anschlussmaßnahmen wie das
911 Landesjugendorchester, das Landesjugendjazzorchester, die Bayerische
912 Singakademie, die Bayerische Orchesterakademie u. a. Die Musikakademien in
913 Hammelburg, Marktoberdorf und Alteglofsheim bewähren sich als zentrale
914 Fortbildungsstätten für alle Bereiche der Musik. Auf internationalem Spitzenniveau
915 werden Berufsmusiker und Musikpädagogen in staatlichen und kirchlichen

916 Musikhochschulen ausgebildet. **Der Fortbildung dienen die Musikakademien in**
917 **Bayern. Die Musikwettbewerbe mit den Fördereinrichtungen, wie etwa**
918 **Landesjugendorchester, schaffen eine breit angelegte Förderkulisse. Die Vernetzung**
919 **von Schule und außerschulischen Kultureinrichtungen ist hier wichtig.**

920

921 Staatliche, kommunale und private Kulturorchester vermitteln die Werke der
922 abendländischen Musiktradition und des zeitgenössischen musikalischen Schaffens
923 breiten Bevölkerungskreisen. **Sie nehmen hierdurch eine wichtige kulturpolitische**
924 **Vermittlungsaufgabe wahr.** Staat und Kommunen sind aufgerufen, sich auch
925 finanziell für den Erhalt der Orchester einzusetzen; es kann aber nicht Aufgabe des
926 Staates sein, Kürzungen kommunaler Zuschüsse auszugleichen, schon weil dies die
927 Leistungsfähigkeit des Staates überfordern würde.

928

929 Die Rolle der Populärmusik, ob Rock, Pop oder Jazz, gewinnt aus Sicht der CSU
930 zunehmend an Bedeutung für die Vielfalt der Musiklandschaft in Bayern. Die
931 Ersterfahrung für junge Menschen mit der Musik hat in diesem Bereich einen
932 besonderen Stellenwert. Die ökonomische Dimension des modernen Musikbetriebes
933 mit einer Vielzahl sich rasch erneuernder Berufsbilder in und um die Musik ist
934 nachhaltig wirksam. Die Förderung der Populärmusik durch Staat und Kommunen in
935 Ausbildung, Umsetzung und Beratung ist deshalb eine wichtige musikpolitische
936 Aufgabe. Die zahlreichen Beispiele von Populärmusikbeauftragten und Einrichtungen
937 wie der bayerische Rockintendant, die Popmusikreferenten einiger Bezirke oder das
938 bayerische Jazzinstitut sind wichtige Elemente dieses prosperierenden Teils der
939 bayerischen Musikszene. Qualifizierte Ausbildungsangebote für die Populärmusik in
940 allen Musikausbildungseinrichtungen sind deshalb anzustreben. Die
941 identitätsschaffende Kraft für junge Menschen in der Musik, ihrer kulturellen
942 „Sprache“, hat für die CSU besonderen Eigenwert.

943

944 Der von der Staatsregierung im Zusammenwirken mit dem Kulturpolitischen
945 Arbeitskreis der CSU erarbeitete bayerische Musikplan enthält, **in Mitgestaltung**
946 **durch den Bayerischen Musikrat,** für alle Musikbereiche ein zusammenhängendes
947 Entwicklungskonzept. Er ist von dem Leitgedanken bestimmt, dass Musik und
948 Musikausbildung in ihren vielfältigen Erscheinungsformen Bestandteil sozialer und

949 kultureller Selbstverwirklichung des Menschen in Beruf und Freizeit sind und dass
950 breiten Bevölkerungsschichten eine sinnvolle Palette kreativer Beschäftigung mit
951 Musik angeboten wird. Die CSU hält es für notwendig, den bayerischen Musikplan
952 fortzuschreiben, zu aktualisieren **und umzusetzen**, damit Bayern ein singendes und
953 klingendes Land bleibt.

954

955 **5. Bildende Kunst**

956 Bildende Kunst hat für das kulturelle Leben unseres Landes einen hohen Stellenwert.
957 Aus der grundgesetzlich verankerten Freiheit der Kunst folgt die Freiheit, aber auch
958 besondere Verantwortung des Künstlers, seine künstlerischen Entscheidungen selbst
959 treffen und verantworten zu können. Staatliche Kunstförderung muss die Sphäre der
960 Eigenverantwortung des Künstlers respektieren und kann deshalb nur den Charakter
961 einer Unterstützung besitzen. Sie kann nicht in die künstlerische Entscheidung des
962 Urhebers eingreifen.

963

964 Staatliche Künstlerförderung soll in erster Linie den freischaffenden Künstlern zu
965 Gute kommen, die das Risiko der künstlerischen Existenz auf sich genommen haben.
966 Der CSU sind die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Künstler, ihre soziale
967 Sicherung, die Förderung des Ausstellungswesens und die Unterstützung von
968 Künstlern durch Ankäufe der öffentlichen Hand, Projektförderung und
969 Kunstwettbewerbe besondere Anliegen. Das aus dem Kulturfonds geschaffene
970 Atelierförderprogramm, das die Anmietung geeigneter Arbeitsräume für Künstler
971 unterstützt, ist eine zielgerichtete und effektive Fördermaßnahme. Seine Förderung
972 ist unabdingbar.

973

974 Die Rolle des Staates als Auftraggeber und Käufer von Kunstwerken soll in
975 angemessenem Umfang ebenso weitergeführt werden wie die Unterstützung der
976 Veranstalter von Kunstaussstellungen, damit ein lebendiges Ausstellungswesen in
977 allen Regionen des Landes aufrecht erhalten werden kann. Die besondere Rolle der
978 Kunstvereine und Verbände der bildenden Künstler ist **dabei hervorzuheben**.

979

980

981

982 **6 . Museen**

983 Für das Selbstverständnis Bayerns als Kulturstaat spielen die rund 1.350 über das
984 ganze Land verteilten staatlichen und nichtstaatlichen Museen eine wichtige Rolle.

985

986 **Die CSU sieht die besondere kultur-, vielmehr gesellschaftspolitische Aufgabe der**
987 **Museen in ihrer Rolle als Teil des öffentlichen Gedächtnisses und als zentrale**
988 **Vermittlungsinstanzen für kulturelle, künstlerische, gesellschaftliche bis hin zu**
989 **ökonomischen und technischen Zusammenhängen.**

990

991 Bayern verfügt über die vielfältigste und lebhafteste Museumslandschaft in
992 Deutschland. Die bayerischen Museen und Sammlungen liegen mit mehr als 20 Mio.
993 Besuchern jährlich im Bundesvergleich mit Abstand an der Spitze bei den
994 Besucherzahlen. Die Museumslandschaft Bayerns hat mit besonderen Projekten ihre
995 internationale Position nochmals ausgebaut: Die Pinakothek der Moderne in
996 München, das Neue Museum (Staatliches Museum für Kunst und Design) in
997 Nürnberg, das Museum der Phantasie (Sammlung Buchheim) in Bernried am
998 Starnberger See, die Sammlung Schäfer in Schweinfurt oder die Sammlung
999 Brandhorst im Münchner Museumsviertel. Der Ausbau des Münchner
1000 Pinakothekenquartiers zu einem internationalen Museumsforum erscheint als
1001 interessantes Projekt. **Die unglaubliche Vielfalt der über 1.200 Museen in**
1002 **kommunaler und privater Trägerschaft machen Bayern zum Museumsland Nr. 1 in**
1003 **der Bundesrepublik.**

1004

1005 Die **Museumspolitik** hat für die CSU die Aufgabe, den Reichtum der
1006 Museumslandschaft in allen Landesteilen zu pflegen, zu erhalten und bedarfsgerecht
1007 auszubauen. Eine Zersplitterung der Museumslandschaft in zahllose Klein- und
1008 Kleinstmuseen ist abzulehnen, Ziel ist eine gut strukturierte Museumslandschaft mit
1009 sinnvollen Schwerpunktsetzungen. Erheblichen Bedarf sieht die CSU bei Erhalt und
1010 Ertüchtigung der vorhandenen Museumsbauten sowie der Erneuerung veralteter und
1011 wenig attraktiver Sammlungsausstellungen. Neben den nationalen und
1012 internationalen Spitzenmuseen wird die bayerische Museumslandschaft geprägt
1013 durch zahlreiche staatliche Zweigmuseen, in denen ein Großteil des staatlichen
1014 Kunstbesitzes auch in den Regionen gezeigt wird. Die CSU setzt sich dafür ein, die

1015 Interessen der Regionen noch deutlicher zu berücksichtigen, um eine lebendige
1016 Auseinandersetzung mit Bayerns Geschichte und Kultur in allen Regionen des
1017 Freistaates zu fördern. Hochrangige Zeugnisse der Kunst und Geschichte aus den
1018 staatlichen Sammlungen sollen verstärkt in staatlichen Zweigmuseen oder
1019 Schlössern präsentiert werden; der Rang der international bedeutenden
1020 Sammlungen in den Ballungsgebieten muss aber gewahrt bleiben.

1021

1022 Die Botschaften der Museen und Sammlungen gewinnen in einer Zeit, in der die
1023 Menschen ihre Informationen über unterschiedliche Medien und nur noch
1024 ausnahmsweise in der Begegnung mit Originalen beziehen, zunehmend an
1025 Bedeutung. Sie bieten konkrete Bezugspunkte zu Geschichte und Gegenwart und
1026 vermitteln Wirklichkeit anstelle virtueller Illusion. In diesem Zusammenhang kommt
1027 auch den Landesausstellungen des Hauses der Bayerischen Geschichte hohe
1028 Bedeutung zu. Die CSU spricht sich für die Fortsetzung der erfolgreichen
1029 Landesausstellungen in allen Regionen Bayerns aus. Die Geschichte und besondere
1030 Eigenkraft der Regionen Bayerns können mit besonderen Präsentationen und
1031 Medien durch das Haus der Bayerischen Geschichte in ihrer Identität deutlich
1032 gestärkt werden.

1033 Mehr denn je müssen die Museen und Sammlungen ihrer Funktion als der
1034 Öffentlichkeit zugewandte Bildungseinrichtungen gerecht werden. Sie bedürfen
1035 einer am Besucher orientierten Form der Präsentation. Sie sollen Erlebnisräume für
1036 das Publikum sein. Die Bedeutung der Museumspädagogik – für alle
1037 Besuchergenerationen – nimmt nach Einschätzung der CSU weiter zu. Die
1038 Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten der Präsentation von
1039 Museumssammlungen, des wissenschaftlichen Austausches sowie der Gewinnung
1040 neuer Publikumsschichten. Dazu bedarf es der notwendigen finanziellen und
1041 personellen Ausstattung.

1042

1043 Besucherorientierung ist eine wesentliche Forderung an ein modernes Museum. Der
1044 Erfolg von Museumsarbeit lässt sich jedoch nicht ausschließlich an Besucherzahlen
1045 festmachen. Sammeln, Bewahren und sammlungsbezogene Forschung zählen weiter
1046 zu den Grundaufgaben der Museen. Zur Erfüllung ihrer Daueraufgaben benötigen sie
1047 eine finanzielle Grundsicherung.

1048 Die Museen müssen sich als moderne Dienstleistungsunternehmen begreifen, deren
1049 Management sich an den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und zeitgemäßem
1050 Marketing zu orientieren hat. Den Museen und Sammlungen soll deshalb
1051 weitestgehend Eigenverantwortung für ihr Budget übertragen werden.

1052

1053 Die Dokumentation und Präsentation wichtiger historischer und kultureller
1054 Zusammenhänge sind aus Sicht der CSU Aufgaben, denen sich Bund und Länder in
1055 strategischer Kooperation stellen sollen. Die Mitwirkung des Bundes insbesondere in
1056 der Gedenkstättenpolitik zur Geschichte des Nationalsozialismus und der Deutschen
1057 Einheit stehen hierfür exemplarisch. Aber auch die gemeinsame Trägerschaft
1058 bedeutender Kultureinrichtungen wie in Bayern etwa des Deutschen Museums in
1059 München oder des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, bedürfen aus Sicht
1060 der CSU einer grundlegend ordnenden kulturpolitischen Bewertung, die über die
1061 reine, oft historisch zufällige Trägereigenschaft hinausreichen sollte.

1062

1063 **7. Literatur**

1064 Auch im Multimedialzeitalter haben die Literatur und ihr traditionelles und nach wie
1065 vor wichtigstes Verbreitungsmedium, das Buch, ihre Bedeutung für das kulturelle
1066 Leben in der Gesellschaft nicht verloren. Neue Medien, Film und Fernsehen können
1067 die Literatur allenfalls ergänzen, nicht aber ersetzen. Phantasie und
1068 Sprachkompetenz sind wesentliche Voraussetzungen für die individuelle
1069 Lebensgestaltung und die Gestaltung der Gesellschaft. Schon unter diesem
1070 Gesichtspunkt kommt der Literatur und der Kulturtechnik Lesen ein hoher
1071 gesellschaftlicher Stellenwert zu.

1072

1073 Die Förderung von Literatur hat in Bayern eine lange Tradition. Ziel der staatlichen
1074 Literaturförderung ist es, einerseits die Arbeit der Schriftstellerinnen und
1075 Schriftsteller zu unterstützen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern,
1076 andererseits aber auch die Lesebereitschaft in der Bevölkerung, insbesondere bei
1077 jungen Menschen, zu fördern. Die Ergebnisse der verschiedenen Bildungsstudien
1078 zeigen, dass das gute bayerische Abschneiden ursächlich zusammenhängt mit der
1079 Lesebereitschaft der Schülerinnen und Schüler, mit ihrem Interesse am Buch.

1080

1081 Die Literaturvermittlung findet auf kommunaler Ebene an öffentlichen Bibliotheken
1082 und in Form von privaten Initiativen statt. Durch die organisatorische, ideelle und
1083 materielle Unterstützung von Lesungen und literarischen Veranstaltungen aller Art
1084 soll die Literatur in Kontakt mit einer möglichst breiten Bevölkerung gebracht
1085 werden, wobei junge Menschen als Zielgruppe besonders angesprochen werden
1086 sollen. Die CSU spricht sich für eine gezielte Nachwuchsförderung im literarischen
1087 Bereich und die bevorzugte Unterstützung von Veranstaltungen für junge Menschen
1088 aus. Die konkrete Begleitung von literarischen Existenzgründungen kann hierfür
1089 angeregt werden.

1090

1091 Als Bildungs- und Kultureinrichtungen, als soziale Orte der Kommunikation und des
1092 Wissenstransfers erfüllen Bibliotheken eine unabdingbare Aufgabe. Dabei stehen
1093 Bibliotheken insgesamt vor neuen Herausforderungen:

1094

- 1095 • physischer Erhalt der Bücher,
- 1096 • Erweiterung, Pflege und Erhalt digitaler Daten.

1097

1098 Bibliotheken und Archive leisten als Kultur- und Gedächtnisträger mit ihrer
1099 Sammlungs-, Dokumentations- und Vermittlungsarbeit einen unverzichtbaren Beitrag
1100 für die Kultur in Bayern. Das Internet bietet diesen Kultureinrichtungen völlig neue
1101 Wege, ihr Angebot einem weiten Publikum zugänglich zu machen zu machen. Mit der
1102 Bewertung, Ordnung und Strukturierung des Internetangebots leisten sie einen
1103 wesentlichen Beitrag zur Wissensvermittlung. Die unterschiedlichen Träger, ob privat,
1104 kommunal oder staatlich, bedürfen einer langfristig gesicherten finanziellen
1105 **Ausstattung.**

1106

1107 **8. Heimat- und Brauchtumspflege**

1108 **Heimatpflege** heißt, unseren eigenen Kultur- und Lebensraum für alle seine
1109 Bewohner lebens- und liebenswert zu erhalten. Bayern und seine Kulturräume,
1110 Altbayern, Franken und Schwaben, das lebendige Erbe der Flüchtlinge und
1111 Vertriebenen stehen neben der neuen Herausforderung, den Kulturtraditionen der
1112 Bürgerinnen und Bürger, die seit einem halben Jahrhundert in unserem Land ihre
1113 Heimat gefunden haben. Dies gibt der Heimatpflege eine neue, herausfordernde

1114 Dimension. Dabei gilt es, das Echte und Ursprüngliche, das Tragende und Prägende
1115 unserer reichen Volkskultur zu pflegen, zu fördern und mit den Erfordernissen der
1116 heutigen Zeit in Einklang zu bringen. Die Bedrohung und Verflachung durch mediale
1117 Pervertierung in Musik und Medien gefährden den kulturpolitischen Kernauftrag
1118 zeitgemäßer Heimatpflege: Identität und Selbstbewusstsein, Wurzeln und
1119 Beheimatung unter den Bedingungen der Globalisierung und der
1120 Kommunikationsgesellschaft freizulegen, zu erklären und zu bewahren.

1121

1122 Die Förderung des Brauchtums, der Volksmusik, des Trachtenwesens und des
1123 Heimatspiels hat in Bayern seit jeher zu Recht einen hohen Stellenwert. Die Wahrung
1124 und die weitere Entwicklung dieser besonderen kulturellen Tradition, die ihre
1125 Wurzeln im christlich-abendländischen Erbe hat, sind der CSU auch in Zukunft ein
1126 besonderes Anliegen. Das ehrenamtliche Engagement in einer Vielzahl von Heimat-
1127 und Geschichtsvereinen, von Laienspiel- und Theatergruppen, von Trachten-,
1128 Schützen- und Brauchtumsvereinen bildet das Rückgrat einer erfolgreichen Arbeit für
1129 Staat und Gesellschaft, für alle Bürgerinnen und Bürger, Junge und Alte. Den
1130 ehrenamtlich Engagierten gilt unser besonderer Dank.

1131

1132 Der Staat soll sich im Bereich der Brauchtums- und Heimatpflege auf die Förderung
1133 von Aktivitäten Dritter beschränken. Ziel der öffentlichen Förderung sollte es sein, die
1134 vielfach vorhandene Bereitschaft zur Heimatpflege zu unterstützen. Mit dem
1135 gezielten Einsatz von Fördermitteln sollte vor allem der ländliche Bereich Bayerns
1136 gestärkt werden.

1137

1138 **9. Denkmalschutz und Denkmalpflege**

1139 Mit seinen über 110.000 Denkmälern - von der Dorfkapelle bis zur Kathedrale, vom
1140 Bürgerhaus der Gotik bis zum barocken Schloss - besitzt Bayern den reichsten
1141 architektonischen Schatz aller Länder in der Bundesrepublik Deutschland.
1142 Denkmalpflege hilft, die Tradition und die geschichtlichen Spuren unseres Landes zu
1143 erhalten. Der Schutz der wertvollen Geschichts- und Kunstdenkmäler sorgt auch für
1144 die Erhaltung des gewachsenen Landschaftsbildes. Die Denkmalpflege unterstützt
1145 jene Werte, mit denen sich die Bewohner unseres Landes identifizieren. Die

1146 Bemühungen der Denkmalpflege um die Bewahrung unseres historischen Erbes
1147 verdienen deshalb unsere umfassende Unterstützung.

1148

1149 Denkmalschutz sieht sich unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts aus Sicht der
1150 CSU drei besonderen Herausforderungen gegenüber:

1151 • Denkmalschutz hat die gesellschaftliche Aufgabe der Bewahrung des
1152 gebauten und archäologischen Gedächtnisses unseres Landes – die
1153 „klassische“ kulturpolitische Dimension.

1154 • Denkmalschutz hat die Aufgabe, den Trägern und Eigentümern von
1155 Denkmälern bei deren Bewahrung und zeitgemäßer Nutzung mit fachlichem
1156 Rat und Expertenwissen den nachhaltigen Umgang und damit die Akzeptanz
1157 des - „ihres“ - Denkmals und der Treuhänderschaft für „ihr“ Stück Geschichte zu
1158 vermitteln – die Dienstleistungsdimension.

1159 • Denkmalschutz hat die Aufgabe, die besondere Wertschöpfung und
1160 Investitionsstärke der denkmalpflegerischen Praxis, ihre wirtschaftliche
1161 Leistungskraft in Handwerk und qualifizierter Dienstleistung und die
1162 strukturpolitische Wirkung zu verdeutlichen und zu verteidigen – die
1163 ökonomische Dimension.

1164

1165 Zusätzlich treten Fragen der Raum-, Städte- und Landesplanung, der Technologie und
1166 Wissenschaft, der Steuer- und Wirtschaftspolitik hinzu. Denkmalpflege ist ein
1167 komplexes Feld der Kultur-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit seiner
1168 besonderen „Janusköpfigkeit“: Bewahren und Gestalten.

1169

1170 Das Bayerische Denkmalschutzgesetz von 1973, das die CSU und die Bayerische
1171 Staatsregierung initiiert haben, hat in der Bundesrepublik und in Europa als Vorbild
1172 gedient. Die Stärkung der Entscheidungsbefugnis auf der Ebene der
1173 Kreisverwaltungsbehörden hat gezeigt, dass der Gesetzesvollzug auf allen Ebenen
1174 von hohem Verantwortungsbewusstsein geprägt ist.

1175

1176 Zur Verwirklichung der Aufgaben von Denkmalschutz und Denkmalpflege
1177 unerlässlich ist eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung. Auch die
1178 staatliche Denkmalpflege war in den letzten Jahren von Kürzungen betroffen, die

1179 angesichts notwendiger Sparmaßnahmen beschlossen werden mussten. Nach den
1180 Erhöhungen der Fördermittel für diesen Bereich im Jahr 2007 setzt sich die CSU für
1181 eine weitere Erhöhung der Fördermittel ein. Mit Zuwendungen an Private ist eine
1182 erhebliche Anreizwirkung verbunden, die im Bereich der Baudenkmalpflege
1183 Investitionen im vielfachen Umfang zur Folge hat und damit ein wichtiger Stützfaktor
1184 für die Bauwirtschaft ist. Keine andere Förderung löst eine Investitionskette im
1185 Maßstab 1:10 bis 1:12 zwischen einem Euro staatlicher Fördermittel und zusätzlicher
1186 Investitionen aus.

1187

1188 Zeitgemäßer Denkmalschutz muss sich dem Konflikt zur Wahrung des
1189 Denkmalbestandes im und über dem Boden offensiv stellen. Die Revision der
1190 Denkmallisten, die Präzisierung des Denkmal-, eine Verkürzung und Vereinfachung
1191 der Antrags- und Zuschuss-, die Nutzung modernster Dokumentationsverfahren und
1192 intensive und nutzerorientierte Beratungspraxis, sowie eine Stärkung der
1193 ehrenamtlichen Archäologie sind nach Ansicht der CSU vonnöten.

1194

1195 Erfolgreiche Denkmalpflege bedarf des Rückhalts in der Gesellschaft.

1196

1197 Die CSU stellt sich der Diskussion um das Verursacherprinzip im Bereich der
1198 Bodendenkmalpflege mit entsprechender Öffnung des Entschädigungsfonds. Dabei
1199 müssen die widerstreitenden Interessen im kulturellen und ökonomischen Bereich
1200 wie in der Entwicklungsplanung der Kommunen abgewogen werden.

1201

1202 **Die CSU ist sich ihrer Verantwortung für die Geschichte Bayerns und seinen**
1203 **kulturellen Erbes bewusst. Ziel zukunftsorientierter Denkmalpflege muss die**
1204 **nachhaltige Akzeptanz in Gesellschaft und Politik, die Selbstverständlichkeit des**
1205 **Bewahrens von baulichem und archäologischem Erbe unter den Anforderungen**
1206 **modernster Zivilisation des 21. Jahrhunderts sein.**

1207

1208 **10. Identifikation und Integration**

1209 Die eine **bayerische Identität** gibt es nicht – die Ober- und Niederbayern, Oberpfälzer,
1210 Franken und Schwaben, die Sudetendeutschen, der Vierte Stamm Bayerns, gelten als
1211 Bestandteile der bayerischen Identitätsfamilie. Die Vielfalt in Kultur, Mentalität, in

1212 Geschichte und Brauchtum sind Wurzeln der Identität und mentalen Stärke Bayerns
1213 im Bewusstsein seiner Bürger. Diese Identität – einheitlich und vielfältig – hat
1214 **staatsprägende** und **heimatschaffende Kraft**: für eine Gesellschaft, die sich, wie alle
1215 anderen Staaten des Westens, im Mainstream der Globalisierung und der Mitte eines
1216 Gott sei Dank nach allen Seiten offenen Europa befindet, ist sie ein wichtiges
1217 Stabilität erzeugendes Phänomen.

1218

1219 Ebenso deutlich ist für die Wirklichkeit in unserer Gesellschaft und Kultur die Präsenz
1220 von Millionen Menschen aller Herren Länder, die Bayern und Deutschland zu ihrem
1221 vorübergehenden und in immer höherem Maße auch dauerhaften
1222 Lebensmittelpunkt gewählt haben: der deutlichste Beweis für die Weltoffenheit und
1223 Attraktivität unseres Landes. Kulturen anderer Länder und Völker prägen deshalb seit
1224 mindestens einem halben Jahrhundert die Lebenswirklichkeit unserer Heimat mit.
1225 Dies ist Chance und Herausforderung zugleich. Erfolgreiches **Zusammenleben vieler**
1226 **Mentalitäten und Kulturen** setzt aus Sicht der CSU die Prägekraft einer **Kultur**
1227 voraus, die aus der **Summe der Identitäten, Geschichte(n), Traditionen und**
1228 **Brauchtümer der Mehrheitsgesellschaft** erwächst und auf dem **christlich-**
1229 **abendländischen Menschenbild** in der **deutschen Tradition der starken Eigenkraft**
1230 **der Länder** und Regionen fußt. Migration und Integration als Leitaufgaben unserer
1231 Gesellschaft im 21. Jahrhundert gelingen in dem Maße, in dem das Prinzip „Toleranz
1232 durch Akzeptanz“ von allen Beteiligten, Aufnahmegesellschaft und Zuwanderern,
1233 Heimatbewussten und Weltbürgern, Christen und Angehörigen anderer
1234 Religionsgemeinschaften angenommen und gelebt wird. Aufgabe verantwortlicher
1235 Kulturpolitik nach Ansicht der CSU ist die Verdeutlichung der die Integration
1236 fördernden Kraft der Kultur, verbunden mit der positiven Offenheit gegenüber
1237 Beiträgen anderer Kulturen und Traditionen. Die Rolle und Präsenz der Religionen
1238 und religiös geprägten Kulturen, insbesondere des Islam, in der Mitte unserer
1239 Gesellschaft erfordert dabei besondere Sensibilität und Aufrichtigkeit.

1240

1241 Unser Land wird besonders von seinen fast 1500 Jahre eigener Geschichte geprägt.
1242 Stolz und Selbstbewusstsein auf Kultur und Tradition gehören ebenso zu unserer
1243 gesellschaftlichen Wirklichkeit wie das Bewusstsein um die besondere historische
1244 Verantwortung, die im Erbe der NS-Schreckensherrschaft gründet. Eine aktive Lern-

1245 und Erinnerungsarbeit gehört aus Sicht der CSU deshalb ganz selbstverständlich zu
1246 einem **aufgeklärten Patriotismus** als essentiellen Bestandteil unseres staatlichen
1247 und kulturellen Bewusstseins. Zur Identität der zweiten Demokratie in Bayern gehört
1248 das Erbe des **Widerstands der Demokraten** aller Weltanschauungen als positiver
1249 **republikanischer Gründungsmythos des Modernen Bayern**. Aktive Geschichtspolitik,
1250 Identitätsbildung und interkultureller Dialog sind deshalb Elemente einer
1251 zukunftsorientierten Kulturpolitik.

1252

1253 **D) MEDIEN**

1254 Information ist für die CSU ein Grundpfeiler der Demokratie in unserer offenen,
1255 pluralen Gesellschaft. Die Medien haben dabei eine Schlüsselrolle: Sie vermitteln in
1256 einer bislang nie da gewesenen Vielfalt der Erscheinungsformen Informationen,
1257 erleichtern die Orientierung in der Informationsflut, tragen zur Meinungsbildung bei
1258 und dienen der Unterhaltung. Darüber hinaus sind Medien schützenswertes
1259 Kulturgut und bedeutender Wirtschaftsfaktor gleichermaßen.

1260

1261 **1 . Medienstandort Bayern**

1262 Bayern gehört zu den führenden Medienstandorten in Deutschland. Eine Reihe der
1263 größten und renommiertesten Medienunternehmen Deutschlands – von Zeitungen
1264 und Verlagen über Rundfunk in unterschiedlichen Angebotsformen bis hin zu
1265 Filmproduktion und Filmwirtschaft – sind hier angesiedelt. Diese Branche, die einen
1266 hohen ökonomischen Stellenwert hat, Arbeitsplätze schafft und zur kulturellen
1267 Bereicherung beiträgt, weiter zu unterstützen und weiter auszubauen, ist der CSU ein
1268 wichtiges Anliegen. Durch das Cluster audiovisueller Medien der Bayerischen
1269 Staatsregierung kommt es zu einer noch stärkeren Vernetzung von Wissenschaft und
1270 Wirtschaft im Bereich der Medien. Außerdem verfügt Bayern aufgrund
1271 ausgewogener Förderpolitik über zahlreiche renommierte Ausbildungseinrichtungen.

1272

1273 **2. Duales Rundfunksystem**

1274 Die Ausgestaltung der Rundfunk- und Medienordnung liegt nach der
1275 Kompetenzverteilung des Grundgesetzes in der Kulturhoheit der Länder.
1276 Rahmenbedingungen für faire Wettbewerbsbedingungen im dualen
1277 Rundfunksystem, eine zeitgemäße Entwicklung des Rundfunks und eine

1278 ausgewogene und vielfältige Rundfunkstruktur in allen Landesteilen zählen zu den
1279 medienpolitischen Zielen der CSU.

1280

1281 Die CSU setzt sich für ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges Medienangebot ein
1282 und bekennt sich ausdrücklich zum dualen Rundfunksystem. Private und öffentlich-
1283 rechtliche Sender müssen fit und konkurrenzfähig für den nationalen und globalen
1284 Wettbewerb sein.

1285

1286 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht für Qualität und Objektivität der
1287 Berichterstattung und ist Garant der Grundversorgung mit Information, Bildung und
1288 Unterhaltung für die gesamte Bevölkerung. Die Gremien müssen organisatorisch und
1289 strukturell selbständig innerhalb der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
1290 arbeiten und externen Sachverstand hinzuziehen können. Der öffentlich-rechtliche
1291 Rundfunk benötigt wirtschaftliche Unabhängigkeit durch die Finanzierung aus
1292 Rundfunkgebühren. Ein neu gestaltetes Gebührensystem muss qualitativ
1293 hochwertigen Rundfunk sicherstellen, den neuen technischen Entwicklungen
1294 Rechnung tragen und soziale Härten ausgleichen.

1295

1296 Darüber hinaus unterstützt die CSU die publizistische Vielfalt, zu welcher die privaten
1297 Rundfunkanstalten beitragen. Diese haben eine gesellschaftliche Verantwortung und
1298 dürfen auf Qualität im Programm nicht verzichten.

1299

1300 **3. Digitalisierung**

1301 Medien werden von vielen Menschen zunehmend ortsunabhängig in diversen
1302 interaktiven Formen und mit immer größerer Vielfalt an Endgeräten genutzt. Dies
1303 trifft in rasant wachsendem Maße vor allem auf die junge Generation zu. Die
1304 Konvergenz der Medien macht sich in einem Zusammenwachsen von Radio, TV-
1305 Geräten, iPods, Handys und Computern fest. Gerade vor dem Hintergrund stark
1306 zunehmender Digitalisierung und des großen Zuwachses von Internetnutzern ist
1307 absehbar, dass in einigen Jahren das Internet ein Medium von stark wachsender
1308 Bedeutung sein wird. Die CSU erkennt das Potenzial des Internets als Medium der
1309 Zukunft. Die Digitalisierung im Rundfunkbereich ist zügig abzuschließen.

1310

1311 **4. Förderung lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern**

1312

1313 Bayern hat eine besondere Verfassungslage: Nach Art. 111a der Bayerischen
1314 Verfassung darf Rundfunk nur in öffentlicher Verantwortung und in öffentlich-
1315 rechtlicher Trägerschaft betrieben werden. Im Rahmen dieses eigenständigen dualen
1316 Rundfunksystems hat Bayern mit über 50 Lokalradioprogrammen, einem
1317 landesweiten Hörfunksender, 18 lokalen Fernsehfensterprogrammen und einer Reihe
1318 lokaler Kabelfernsehangebote die vielfältigste lokale und regionale
1319 Rundfunklandschaft in Deutschland errichtet. Für den Erhalt dieses Angebots setzt
1320 sich die CSU seit jeher ein. Eine leistungsorientierte Finanzierung eines vielfältigen
1321 und regional ausgewogenen Angebots ist langfristig zu sichern. Dieser Einsatz sichert
1322 die Berichterstattung aus den Regionen, sorgt für Arbeitsplätze und journalistische
1323 Vielfalt, die sich an Qualitätsmaßstäben zu orientieren hat. Kooperationen von
1324 Verlagen und Rundfunkanbietern (Cross-media-Angebote) sind besonders im lokalen
1325 und regionalen Bereich wünschenswert. Die technischen Möglichkeiten zeitgemäßer
1326 und preiswerter Übertragungstechniken sind hinsichtlich des rasanten Fortschrittes
1327 zu nutzen.

1328

1329 **5. Medienerziehung / Jugendmedienschutz**

1330 Die Medienpolitik der CSU orientiert sich am freien und mündigen Bürger, der die
1331 wachsenden Angebote sinnvoll zu nutzen versteht. Eine umfassende
1332 Medienerziehung insbesondere in den Schulen ebenso wie in der
1333 Erwachsenenbildung hat daher große Bedeutung. Jugendmedienschutz muss in allen
1334 Medien, insbesondere im Internet und in den elektronischen Medien konsequent
1335 durchgesetzt werden. Brutale, menschenverachtende und jugendgefährdende
1336 Darstellungen sind Ausdruck von Verantwortungslosigkeit, sie müssen konsequent
1337 beanstandet und aus den Programmen genommen werden.

1338

1339 ***Virtuelle Lern- und Lehrformen, besonders Angebote webbasierten Lernens (z.B.***
1340 ***Virtuelle Hochschule Bayern) sind dauerhaft zu evaluieren und darauf basierend die***
1341 ***Entwicklung zukunftsfähiger Systeme zur Unterstützung von Unterricht und Lehre***
1342 ***in Schule, Hochschule und Weiterbildung voranzutreiben.***